



GENERALDIREKTION FÜR MENSCHENRECHTE UND RECHTLICHE ANGELEGENHEITEN
ABTEILUNG FÜR ÜBERWACHUNG

Straßburg, den 15. Mai 2009

vertraulich
Greco Eval III Rep (2008) 8F
2. Thema

Dritte Evaluierungsrunde

Evaluierungsbericht über die Transparenz der Parteienfinanzierung - Belgien (2. Thema)

Angenommen in der 42. Plenarsitzung
von GRECO (Staatengruppe gegen Korruption)
in Straßburg (11. bis 15. Mai 2009)

I. EINLEITUNG

1. Seit 1999 ist Belgien Mitglied der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO). Die GRECO-Arbeitsgruppe hat in der 4. Plenarsitzung (12. bis 15. Dezember 2000) den Bericht zur ersten Evaluierungsrunde (GRECO Eval I Rep (2000) 1F) und in der 21. Plenarsitzung (29. November bis 02. Dezember 2004) den Bericht zur zweiten Evaluierungsrunde (GRECO Eval II Rep (2004) 1F) angenommen. Die oben genannten Evaluierungsberichte und die entsprechenden Konformitätsberichte sind auf der Internetseite www.coe.int/greco verfügbar.

Formatted: Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1,24 cm, Hyphenate, Tabs: Not at 1 cm

Deleted:

Deleted:

2. Die dritte Evaluierungsrunde (Start: Januar 2007) wird gerade von der GRECO- Arbeitsgruppe bearbeitet und beinhaltet folgende Themen:

- **1. Thema - Unterstrafstellung:** Artikel 1a und 1b, 2-12, 15-17, 19 **Paragraph 1** des Strafrechtsübereinkommen über Korruption (SEV 173)¹, Artikel 1-6 des Zusatzprotokolls² (SEV 191) und Leitlinie 2 (Strafbarkeit von Korruption)

Deleted: ¶

Deleted: ¶

Deleted: Paragraph

Deleted:

Deleted: ¶

- **2. Thema - Transparenz der Parteienfinanzierung:** Artikel 8, 11, 12, 13b, 14 und 16 der Empfehlung Rec(2003)⁴ zu gemeinsamen Regeln gegen Korruption bezüglich der Finanzierung von Parteien und Wahlkampagnen und, im allgemeinen Sinne, Leitlinie 15 (Finanzierung von Parteien und Wahlkampagnen).

3. Vom 19. bis 21. November 2008 war das Thema-II-Evaluierungsteam von GRECO (im Folgenden als „GET“ bezeichnet) in Belgien. Das Evaluierungsteam bildeten Herr Prof. Richard GHEVONTIAN (Universität Aix-Marseille, Frankreich) und Herr Prof. Paulo PINTO DE ALBUQUERQUE (Universität Lisabonn, Portugal). Ihnen stand Herr Christophe SPECKBACHER vom GRECO-Sekretariat bei. Vor dem Besuch wurden dem Evaluierungsteam die Antworten auf dem Fragebogen (Greco Eval II (2008) 8F- 2. Thema) vom Föderalparlament zur Verfügung gestellt. Zwei der Teilgebiete, das Flämische Parlament und das Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt, haben die Einladung der Föderalbehörden zur Teilnahme an der Evaluierung angenommen und somit schon vor dem Besuch Antworten auf den Fragebogen übersandt. Das Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt übermittelte nach dem Besuch noch zusätzliche Informationsunterlagen. Vor dem Besuch wurden insbesondere die einschlägigen Rechtsvorschriften vorgelegt und eine ergänzende Dokumentation ist vor Ort bereitgestellt worden.

Formatted: Bullets and Numbering

4. Die Mitglieder des Evaluierungsteams trafen Vertreter folgender Institutionen: Sekretariat der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien, Sekretariat der Kontrollkommission des Flämischen Parlamentes, Sekretariat des Kontrollkollegiums des Parlamentes der Region Brüssel-Hauptstadt, Föderalparlament (Senat und Abgeordnetenkammer), Flämisches Parlament, Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt, Rechnungshof, Kommission für den Schutz des Privatlebens, Magistratur, föderale Gerichtspolizei. Sie haben sich ebenfalls getroffen mit Vertretern von acht politischen Parteien: Christen-Democratisch en Vlaams, Open Vlaamse Liberalen en Democraten, Vlaams Belang, Socialistische Partij Anders+VlaamsProgressieven, Centre Démocrate Humaniste, Ecolo-Groen, Parti Socialiste, mit folgenden Nichtregierungsinstitutionen: Institut der Betriebsrevisoren, belgische Abteilung von Transparency International, spezialisierte Universitätsexperten (Institut de droit constitutionnel et Centre de Politologie de l'Université de Louvain, Université Libre de

Formatted: Bullets and Numbering

¹ Belgien hat das Strafrechtsübereinkommen über Korruption (SEV 173) am 23. März 2004 ratifiziert. Das Übereinkommen ist am 1. Juli 2004 in Belgien in Kraft getreten.

² Belgien hat das Zusatzprotokoll zum Strafrechtsübereinkommen über Korruption (SEV 191) am 26. Februar 2009 ratifiziert. Es ist am 1. Juni 2009 in Belgien in Kraft getreten.

Bruxelles, Facultés Universitaires Saint-Louis), und mit Journalisten. Die GET möchte den offenen und unverhohlenen Verlauf der Gespräche betonen.

5. Dieser Bericht zur dritten Evaluierungsrunde von GRECO über die Transparenz der Parteienfinanzierung wurde auf Grundlage der Antworten auf den Fragebogen und der beim Besuch vor Ort zur Verfügung gestellten Informationen erstellt. Hauptziel ist die Bewertung der von den belgischen Behörden eingeführten Maßnahmen, um den Verpflichtungen, die aus den in Paragraph 2 erwähnten Bestimmungen hervorgehen, nachzukommen. Der Bericht enthält eine Situationsbeschreibung und eine kritische Analyse. Die Schlussfolgerungen beinhalten eine von Greco erstellte, an Belgien adressierte Empfehlungsliste, damit Belgien den Grad der Übereinstimmung mit den geprüften Bestimmungen erhöht. Formatted: Bullets and Numbering
6. Der Bericht zum 1. Thema - Unterstrafestellung war Bestandteil des Dokuments GRECO Eval III-Rep (2008) 8F, Thema 1. Formatted: Bullets and Numbering

II. TRANSPARENZ DER PARTEIENFINANZIERUNG - ALLGEMEINER TEIL

7. Seit 1970 ist Belgien ein Föderalstaat³ bestehend aus 3 Regionen und 3 Gemeinschaften: a) die Flämische Gemeinschaft und die Flämische Region; b) die Französische Gemeinschaft; c) die Deutschsprachige Gemeinschaft; d) die Wallonische Region; e) die Region Brüssel-Hauptstadt. Jede Region oder Gemeinschaft verfügt wie der Föderalstaat über eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament. Formatted: Bullets and Numbering
8. Folgende Wahlen sind in Belgien allgemeine Direktwahlen: Gemeindewahlen (alle 6 Jahre), Regionalwahlen (Parlamente der Gemeinschaften und Regionen, alle 5 Jahre, sie finden in der Regel mit den Europawahlen statt), Föderalwahlen (alle 4 Jahre für die Wahl der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung und einen Teil der Senatoren), Europawahlen (alle 5 Jahre für die Wahl der 22 Abgeordneten Belgiens im Europäischen Parlament in Straßburg). Einige Teilgebiete halten auch Distrikt- oder Provinzialwahlen ab. Die Vielzahl der Wahlen hat zur Folge, dass einige Parteien durchschnittlich alle 2 Jahre an Wahlen teilnehmen. Ein ebenfalls erwähnenswerter Punkt ist die in Belgien bestehende Wahlpflicht. Formatted: Bullets and Numbering
9. Belgien hat die Parteien- und Wahlfinanzierung mittels eines gemischten Modells organisiert, das sich aus öffentlichen Finanzierungen (zugunsten der Parteien und nicht der Kandidaten) und privaten Finanzierungen (ausgeschlossen sind finanzielle Mittel von juristischen Personen) zusammensetzt und Grenzen in Bezug auf die Wahlausgaben setzt. Die Kontrolle ist Aufgabe einer parlamentarischen Kommission beziehungsweise eines parlamentarischen Kollegiums (auf föderaler Ebene sowie auf Regional- und Gemeinschaftsebene). Formatted: Bullets and Numbering

Definition einer politischen Partei

10. Die Parteien sind weder ausdrücklich gesetzlich verankert, noch besitzen sie eine bestimmte Rechtsstellung, zum Beispiel in der Verfassung oder im Wahlgesetzbuch. Dennoch beinhalten die Rechtsvorschriften zur Finanzierung von politischen Parteien und die Vorschriften zu Wahlkampagnen eine Definition des Begriffes der politischen Partei und das Bestehen von politischen Parteien wird in den Wahlvorschriften anerkannt. So findet sich auch die Definition

³ Das föderalistische Konzept Belgiens zeichnet sich durch eine gewisse Autonomie der Teilgebiete (Regionen, Gemeinschaften) aus, die über eigene Kompetenzen verfügen. Entscheidungen auf Ebene der föderalen Gewalt haben demzufolge keinen Vorrang vor Entscheidungen, die von den Teilgebieten getroffen werden. Einem vom Wallonischen Parlament verabschiedeten Dekret kann somit beispielsweise nicht mit einem belgischen Gesetz entgegengewirkt werden. Die Teilgebiete und der Belgische Staat können nicht zugleich dieselbe Kompetenz innehaben, da die Teilgebiete hauptsächlich eigene Befugnisse besitzen, auch auf internationaler Ebene.

des Begriffs der politischen Partei und seiner Komponenten im föderalen Basistext, dem Gesetz vom 4. Juli 1989 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Föderalen Kammern und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien, und zwar in Artikel 1. Die Rechtsetzungsbefugnis in Bezug auf die politischen Parteien ist föderal.

Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1989

Deleted:

Für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes ist beziehungsweise sind zu verstehen unter:

1. politischer Partei: eine Vereinigung natürlicher Personen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die an den durch die Verfassung und durch das Gesetz vorgesehenen Wahlen teilnimmt, die gemäß Artikel 117 des Wahlgesetzbuches Kandidaten für das Mandat eines Abgeordneten und eines Senators in jedem Wahlkreis einer Gemeinschaft oder Region vorschlägt und die in den Grenzen der Verfassung, des Gesetzes, des Dekrets und der Ordonnanz versucht, die Äußerung des Volkswillens in der in ihrer Satzung oder in ihrem Programm festgelegten Art und Weise zu beeinflussen.

Als **Komponenten einer politischen Partei** gelten Einrichtungen, Vereinigungen, Gruppierungen und regionale Gliederungen einer politischen Partei - ungeachtet ihrer Rechtsform -, die unmittelbar mit dieser politischen Partei verbunden sind, und zwar:

- Studiendienste,
- wissenschaftliche Einrichtungen,
- Einrichtungen für politische Bildung,
- Produzenten konzessionierter politischer Sendungen,
- die in Artikel 22 erwähnte Einrichtung (nämlich die Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Rechtspersönlichkeit, die gegebenenfalls die in Artikel 15 vorgesehene Dotation erhält),
- Gliederungen auf Ebene der Bezirke und/oder Wahlkreise für die Wahlen der Föderalen Kammern und der Gemeinschafts- und Regionalparlamenten, politische Fraktionen in den Föderalen Kammern, Gemeinschafts- und Regionalparlamenten und Provinzialräten und in Einrichtungen, die als Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht errichtet sind und die Dotationen oder Subventionen erhalten, die diese Versammlungen den politischen Parteien oder politischen Fraktionen bewilligen.

11. Die oben stehende Definition befindet sich (teilweise leicht angepasst) in den Regionalgesetzen. Zu beachten ist, dass das Wahlgesetzbuch den Begriff „politische Formation“ ohne weitere Definition⁴ verwendet.

Formatted: Bullets and Numbering

Bildung und Registrierung

12. Die Rechtsvorschriften sehen weder Anerkennungs- und/ oder Registrierungsbedingungen einer politischen Partei vor, noch die Verpflichtung für eine politischen Partei zur Annahme der Rechtspersönlichkeit, indem sie sich beispielsweise aufgrund des Gesetzes von 1921⁵ als

Formatted: Bullets and Numbering

⁴ Zum Beispiel in Artikel 115bis § 1 des Wahlgesetzbuches: „Jede politische Formation, die in einer der parlamentarischen Versammlungen, sei es auf europäischer, föderaler, gemeinschaftlicher oder regionaler Ebene, durch mindestens einen Parlamentarier vertreten ist, kann eine Akte einreichen, mit der sie den Schutz des Listenkürzels beziehungsweise Logos beantragt, das sie gemäß Artikel 116 § 4 Absatz 2 in ihrem Wahlvorschlag anzugeben beabsichtigt.“

Deleted: §

⁵ Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die internationalen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht und die Stiftungen

Deleted: §

Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (VoG) registriert. In der Praxis sind die Mehrzahl aller Parteien nichtrechtsfähige Vereinigungen. Politische Parteien, die die in den Artikeln 15 und 15bis des Gesetzes vom 4. Juli 1989 vorgesehenen Bedingungen für die Bewilligung der Dotation erfüllen, müssen eine in Form einer VoG gegründete Einrichtung bestimmen, die die oben erwähnte Dotation erhält (Art. 22). Diese VoG ist eine Komponente der Partei und ist somit Bestandteil ihres Konsolidierungskreises.

Zur Wahl stehende Parteien, Parteienvertretung im Parlament

13. Die Gesamtzahl der belgischen Parteien ist weder auf föderaler Ebene, noch auf regionaler Ebene bekannt. 39 Parteien (oder auch Parteizusammenschlüsse) wurden bei den letzten föderalen Parlamentswahlen am 10. Juni 2007 gezählt. 11 von ihnen sind in der Abgeordnetenkammer und im Senat vertreten. 8 von 18 Parteien, die an den flämischen Parlamentswahlen am 13. Juni 2004 teilnahmen, wurden ins Parlament gewählt. Bei den Regionalwahlen in Brüssel-Hauptstadt am 13. Juni 2004 stellten sich 22 Parteien zur Wahl, 10 von ihnen sind im Parlament vertreten.

Formatted: Bullets and Numbering

Überblick über das politische Finanzierungssystem

Rechtlicher Rahmen

14. Was die politischen Parteien, die föderalen Wahlen und die Europawahlen in Belgien anbelangt, besitzt die föderale Ebene aus institutioneller Sicht die Entscheidungsbefugnis bei Fragen in Bezug auf die Finanzierungsregelung und -kontrolle. Seit der fünften Staatsreform im Jahre 2001 sind die Vorschriften zu Wahlkampagnen und Wahlausgaben für die Wahlen der Parlamente der Gemeinschaften und Regionen zwar immer noch föderale Zuständigkeitsbereiche, doch nun muss der jeweilige Gesetzgeber der Gemeinschaft oder Region, was die Wahl seines Parlaments⁶ betrifft, per Dekret oder Ordonnanz die Kontrolle der Wahlausgaben für Parteien und Kandidaten regeln. Bei den Provinzial-, Gemeinde- und Distriktwahlen verfügt der Gesetzgeber auf regionaler Ebene über alle Kompetenzen bezüglich der Wahlausgaben. Das bedeutet auch, dass er ermächtigt ist materielle Vorschriften und Kontrollvorschriften zu erlassen. Das anwendbare Recht bleibt weitestgehend föderal, wird aber nicht zwingend einheitlich angewendet. Für die Regionalwahlen begnügen sich die Regionen damit, dieses Recht zu präzisieren und in eher geringem Maße ihren eignen Besonderheiten anzupassen.
15. Die Grundregelung ist heutzutage auf föderaler Ebene im Gesetz vom 4. Juli 1989 *über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Föderalen Kammern und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien* und in geringerem Maße im Wahlgesetzbuch enthalten. Es müssen drei weitere Föderalgesetze hinzugefügt werden, die die Regeln festlegen, die in Bezug auf die Begrenzung und Kontrolle der Wahlausgaben bei Wahlen auf infraregionaler beziehungsweise europäischer Ebene anwendbar sind: a) Gesetz vom 19. Mai 1994 *zur Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden*; b) Gesetz vom 19. Mai 1994 *über die Einschränkung und Kontrolle*

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted:

Formatted: Bullets and Numbering

⁶ Diese Kompetenzverteilung hat den Vorteil, dass die Regelungen zu den Wahlausgaben, und zwar für den Begriff Wahlkampf und Wahlausgaben, die Festlegung von Höchstbeträgen für den Wahlkampf der Kandidaten und Parteien und eine Reihe verbotener Propagandamethoden während des Wahlkampfes, für die Föderal-, Europa-, Regional- und Gemeinschaftswahlen gleich sind. Durch diesen Parallelismus will der föderale Gesetzgeber jegliche Verwirrung bei den Kandidaten und Parteien vermeiden, die an aufeinander folgenden Wahlen auf verschiedenen Machtebenen teilnehmen. Die Austauschbarkeit dieser Texte dürfte infolgedessen ihre Anwendung und zugleich ihre Einhaltung erleichtern.

der Wahlausgaben für die Wahlen des Europäischen Parlaments; c) Gesetz vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte. Dieses Gesetz findet nicht im gesamten Land⁷ und auf unterschiedliche Art und Weise Anwendung.

16. Mit Ausnahme des Parlaments der Französischen Gemeinschaft, das nicht direkt gewählt wird, haben alle Parlamente der Regionen und Gemeinschaften Dekrete und Ordonnanzen (mit Gesetzeskraft) angenommen, um diese Gesetzestexte anzuwenden. a) Flämische Gemeinschaft und Region: Dekret vom 7. Mai 2004 „houdende regeling van de controle van de verkiezingsuitgaven en de herkomst van de geldmiddelen voor de verkiezing van het Vlaams Parlement, de provincieraden, de gemeenteraden en de districtsraden“ (*Belgisches Staatsblatt* vom 28. Mai 2004, 3. Ausgabe, 10. März 2006 und 20. November 2006); Dekret vom 17. Juli 2002 „houdende controle op de regeringsmededelingen“ (*Belgisches Staatsblatt* vom 14. September 2002, 2. Ausgabe); Dekret vom 10. Februar 2006 „houdende wijziging van de Gemeentekieswet, gecoördineerd op 4 augustus 1932, de wet van 19 oktober 1921 tot regeling van de provincieraadsverkiezingen“; Gesetz vom 11. April 1994 zur Organisierung der automatisierten Wahl; b) Wallonische Region: Dekret vom 1. April 2004 zur Einführung der Kontrolle der für die Wahlen des Wallonischen Regionalrats eingesetzten Wahlausgaben sowie der Kontrolle der Mitteilungen des Vorsitzenden des Wallonischen Regionalrats und der Mitglieder der Wallonischen Regierung (*Belgisches Staatsblatt* vom 15. April 2004, 2. Ausgabe); Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung (*Belgisches Staatsblatt* vom 12. August 2004); c) Region Brüssel-Hauptstadt: Ordonnanz vom 29. April 2004 „organisant le contrôle des dépenses électorales et des communications gouvernementales“ (*Belgisches Staatsblatt* vom 14. Juni 2004); Brüsseler Gemeindewahlgesetz (Ordonnanz vom 16. Februar 2006 „modifiant la loi électorale communale“, abgeändert durch die Ordonnanzen vom 13. Juli 2006, 20. Juli 2006 und 20. Oktober 2006; d) Deutschsprachige Gemeinschaft: Dekret vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft (*Belgisches Staatsblatt* vom 4. Dezember 2003 und 24. Juni 2004).

Öffentliche Finanzierung

Politische Parteien

17. Das Gesetz vom 4. Juli 1989 (Artikel 15, 15bis, 15ter und 16) organisiert ein System der öffentlichen Finanzierung der politischen Parteien auf föderaler Ebene. Die Abgeordnetenkammer und der Senat bewilligen jeweils für ihren/seinen Bereich eine jährliche öffentliche Dotation für jede politische Partei, die in einer der Versammlungen mit mindestens einem direkt gewählten Parlamentarier vertreten ist (unter der Bedingung, dass sie sich verpflichtet, die Werte und Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention einzuhalten). Jene Dotation setzt sich wie folgt zusammen: a) ein Pauschalbetrag von 125.000 EUR; b) ein Zusatzbetrag von 1,25 EUR pro gültige Stimmabgabe, ob Listenstimme oder Vorzugsstimme, zugunsten einer Kandidatenliste, die von der Partei anerkannt war bei den letzten Parlamentswahlen in Hinblick auf die vollständige Erneuerung von Abgeordnetenkammer und Senat. Die Regionen und Gemeinschaften können ebenfalls öffentliche Gelder bewilligen. So gewährt das Flämische Parlament den Parteien, sofern die Gewählten der Partei eine Gruppe aus mindestens

⁷ Das Gesetz wurde für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen in der Flämischen Region aufgehoben. Es dient als Bezugsbasis für das Wallonische Gesetzbuch für lokale Demokratie und Dezentralisierung (beispielsweise Art. L4112-12) und das Brüsseler Gemeindewahlgesetzbuch (beispielsweise Artikel 23ter, 74 und 86). Dieses Gesetz ist ebenfalls für die Direktwahl der Räte für soziale Aktion in den sechs Brüsseler Randgemeinden mit Sprachenerleichterung und in den Gemeinden Comines-Warneton und Voeren anwendbar.

5 Abgeordneten bilden (Überläufer nicht mitgerechnet), einen jährlichen Pauschalbetrag von 62.000 EUR und einen Zusatzbetrag von 1,49 EUR für jede gültige Stimmabgabe, die die von der Partei anerkannte Liste oder Kandidaten dieser Liste bei der letzten vollständigen Erneuerung des Parlaments erzielt haben. Die Dotation wird monatlich auf schriftlichen Antrag der Berechtigten⁸ berechnet und ausgezahlt. Die vorerwähnten Beträge werden indexiert. Diese Finanzierungen werden zudem auch auf regionaler Ebene (mit Ausnahme von Brüssel-Hauptstadt) geleistet. Unterstützungsgelder (für Verwaltung, Personal etc.) werden sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene an Fraktionen, Gewählte (ohne die Diäten dazu zu zählen), Mitglieder des Büros, Fraktionsvorsitzende etc. gezahlt.

Wahlkampagnen

18. Es gibt keine Vorrichtung der öffentlichen Finanzierung von Wahlkampagnenkosten als solche (Kostenübernahme oder Erstattung). Bei Wahlkampagnen bewilligt der Staat jedoch einige Vergünstigungen (beispielsweise Befreiung von Steuermarken auf Wahlplakaten, bevorzugte Bearbeitung von Postsendungen im Rahmen der Wahlkampagne, Organisation von politischen Debatten in Radio und Fernsehen oder auch kostenlose Exemplare der Wählerlisten). Die Regionen gewähren ihnen Sendezeit (in der Flämischen Region kommt diese den im Regionalparlament in Fraktionen vertretenen Parteien zu). Die Gemeindeverwaltungen stellen Anschlagsstellen für Wahlplakate.

Formatted: Bullets and Numbering

Private Finanzierung

19. Die Bestimmungen über private Finanzierung sind die gleichen, ob es sich um Parteien, Wahlkampagnen oder den berücksichtigten Gesetzestext handelt.

Formatted: Bullets and Numbering

Föderale Ebene: politische Parteien und Wahlkampagnen

20. Im Artikel 16bis des Gesetzes vom 4. Juli 1989 *über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Föderalen Kammern und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien* ist die private Finanzierung geregelt. Unter Vorbehalt dessen, was im Weiteren zu Spenden und Spender genauer erläutert wird (siehe Nr. 34 bis 38 des Berichts), können prinzipiell nur Privatpersonen politische Parteien und ihre Komponenten, Listen, Kandidaten und Inhaber politischer Mandate mit Spenden unterstützen. Kandidaten und Inhaber von politischen Mandaten können trotzdem Spenden von politischen Parteien oder Listen, auf denen sie als Kandidat vertreten sind oder ein Mandat ausüben, erhalten. Komponenten können ebenso von ihrer politischen Partei mit Spenden gefördert werden und umgekehrt. Der Deutlichkeit halber werden im Gesetz Spenden von Privatpersonen, die in Wirklichkeit Mittler für juristische Personen oder nichtrechtsfähige Vereinigungen sind, ebenfalls untersagt.
21. Belgische Parteien finanzieren sich ebenfalls durch private Geldquellen: Mitgliedsbeiträge (zwischen 10 und 20 EUR, das Doppelte als Unterstützungsbeitrag). Zahlungen der Inhaber politischer Mandate an ihre politischen Parteien oder Komponenten gelten nicht als Spenden.

Formatted: Bullets and Numbering

⁸ Wenn sich zwei oder mehrere Parteien mit einer Kartellliste, Allianzliste oder parteiübergreifenden Liste zur Parlamentswahl im flämischen Wahlkreis stellen, dann erhalten diese Parteien gemeinsam die gewährte Dotation, als wären sie eine einzige Partei.

Regionale Ebene: politische Parteien und Wahlkampagnen

22. Das Gesetz vom 19. Mai 1994 zur *Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden* sieht in Artikel 11 für die Wahlen der 4 Parlamente die gleichen Regelungen wie auf föderaler Ebene vor.
23. Auf gleiche Art und Weise regelt das Gesetz vom 7. Juli 1994 *über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde-, und Distriktratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte* in Artikel 13 die Wahlen auf infraregionaler Ebene.

Formatted: Bullets and Numbering

Ausgaben

24. Ausgaben politischer Parteien sind nicht an allgemeine Beschränkungen gebunden. Dem Gesetz vom 4. Juli 1989 zu Folge bestehen für die Parlamentswahlen nur quantitative Beschränkungen oder Grenzen im Hinblick auf die Wahlausgaben der politischen Parteien oder der Kandidaten selbst. In den Artikeln 2 bis 14 des Föderalgesetzes sind sehr detailliert vorgesehen: Ausgaben-grenzen für Parteien und diverse Arten von Kandidaten, Möglichkeit für die Parteien höchstens 25% der Ausgaben ihren Kandidaten anzurechnen (höchstens 10% für einen bestimmten Kandidaten), Modalitäten der Berechnung bestimmter Grenzen, Liste von Aktivitäten, die keine Wahlausgaben sind, Wahlkampagnezeit, Beratungsverfahren am Rechnungshof, Sanktionen etc. Eine weitere Maßnahme ist die Verpflichtung der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien (siehe Nr. 48 und 49), alle Mitteilungen und Informationskampagnen des Kammer- und Senatspräsidenten und der Mitglieder der föderalen Regierung zu überprüfen, wobei ein Kontrollverfahren und Sanktionen vorgesehen sind.
25. Ähnliche Bestimmungen gelten für Wahlausgaben der Parteien und Kandidaten: a) was die Wahl der Regional- und Gemeinschaftsparlamente anbelangt, aufgrund des vorher genannten Gesetzes vom 19. Mai 1994; b) für die Wahlen auf infraregionaler Ebene (Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen), aufgrund des vorher genannten Gesetzes vom 7. Juli 1994. Dies gilt ebenfalls für alle Mitteilungen und Informationskampagnen der Präsidenten der Regional- und Gemeinschaftsversammlungen und der Mitglieder der Regional- und Gemeinschaftsregierungen, wobei ein regionales Kontrollorgan ein Kontrollverfahren und Sanktionen anzuwenden hat.

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted:

Steuersystem

26. Die als Vereinigung organisierten Komponenten von politischen Parteien unterliegen der Steuer der juristischen Personen. Beiträge an Parteien, Kandidaten oder andere Empfänger sind seit 1998 nicht mehr steuerlich absetzbar.

Immunitäten

27. Es gelten weiter die im Rahmen des Berichts zur ersten Evaluierungsrunde bereits untersuchten Immunitätsregelungen (parlamentarische Immunitätsregelung zugunsten der Gewählten auf föderaler und regionaler Ebene). Seitdem gab es keine Änderungen.

Verjährung

28. Die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung ist die aus dem Strafrecht (10 Jahre, 5 Jahre oder 6 Monate ab Begehen der Straftat, je nachdem, ob es sich um ein Verbrechen, ein Vergehen oder eine Übertretung handelt). Die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien ist laut dem Gesetz vom 4. Juli 1989 (Artikel 25bis) jederzeit zur Revision ihrer Entscheidungen über die Annahme oder Ablehnung eines jährlichen Finanzberichts einer Partei befugt. Die mögliche Handlungsfrist (eines Prokurators, eines Klägers oder der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien) in Bezug auf Kampagnenrechnungen beträgt 200 Tage (Artikel 14 §§ 3 des Gesetzes von 1989).

Deleted:

III. TRANSPARENZ DER PARTEIENFINANZIERUNG – SPEZIFISCHER TEIL

(i) TRANSPARENZ (Artikel 11, 12 und 13b der Empfehlung Rec(2003)4)

Buchführung

Politische Parteien

29. Die belgischen Behörden geben an, dass politische Parteien, die die in Artikel 15 des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 vorgesehene öffentliche Dotation erhalten, eine Buchführung führen und jedes Jahr der parlamentarischen Kontrollkommission einen Finanzbericht zur Billigung vorlegen müssen. Wie im Grunde genommen das GET schon richtig klärte, gilt diese Verpflichtung formell gesehen für die Vereinigung, die die öffentlichen Finanzierungen erhält. Die Partei und ihre Komponenten bilden zusammen einen Konsolidierungskreis. Die in Artikel 1 des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 aufgeführte Liste der Komponenten einer Partei ist erschöpfend und einschränkend, sofern sie sich auf die direkt mit dieser Partei verbundenen Einrichtungen, Vereinigungen, regionalen Zusammenschlüsse und Gliederungen einer politischen Partei ungeachtet ihrer Rechtsform bezieht: a) Studiendienste; b) wissenschaftliche Einrichtungen; c) Einrichtungen für politische Bildung; d) Produzenten konzessionierter politischer Sendungen; e) Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht VoG (mit Rechtspersönlichkeit), die gegebenenfalls die öffentliche Dotation erhält; f) Gliederungen auf Ebene der Bezirke und/oder Wahlkreise für die Wahlen der Föderalen Kammern und der Gemeinschafts- und Regionalparlamente; g) politische Fraktionen in den Föderalen Kammern, Gemeinschafts- und Regionalparlamenten und Provinzialräten; und h) Einrichtungen, die als Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht errichtet sind und die Dotationen oder Subventionen erhalten, die diese Versammlungen den politischen Parteien oder politischen Fraktionen bewilligen. Die belgischen Behörden unterstreichen, dass das Interesse dieser Liste die Verpflichtung für jede Komponente ist, wie die Partei selbst eine Buchführung zu führen und zusammenfassende Rechnungen, die einen Vergleich der Finanzberichte der Parteien zulassen, einzureichen.

Formatted: Bullets and Numbering

30. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die als Finanzbevollmächtigte auftreten, werden vom König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass zugelassen. Dieser Finanzbevollmächtigte ist gemäß den Artikeln 22 und 23 des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 damit beauftragt: a) die öffentlichen Dotationen einzunehmen; b) jährlich eine zentrale Aufstellung der Spenden in Höhe von 125 EUR und mehr zugunsten von Komponenten der Partei, die von natürlichen Personen ausgehen und für die ein Beleg ausgestellt wurde, zu erstellen; c) eine Liste der Komponenten der Partei, die Bestandteil des Konsolidierungskreises der Buchführung und der Finanzen sind, zu erstellen; d) die Komponenten der Partei in administrativer Hinsicht zu begleiten und dafür zu sorgen, dass diese die Buchführungsregeln einhalten. Der Verwaltungsrat dieser bevollmächtigten Vereinigung stellt einen Finanzbericht (nach dem im Gesetz vom

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted:

17. Juli 1975 beschriebenen allgemeinen Modell der Buchhaltung für Unternehmen) über die Jahresabschlüsse der Partei und ihrer Komponenten auf.

31. Dieser Bericht muss mindestens die folgende Unterlagen enthalten: 1) eine Unterlage, in der die Partei und ihre Komponenten wie in Artikel 1 erwähnt aufgenommen sind. Diese Unterlage enthält mindestens: Name, Sitz, Rechtsform, Vereinigungszweck und Zusammensetzung (Name, Wohnsitz, Beruf) der Geschäftsführungs- und Kontrollorgane jeder Parteikomponente; 2) die zusammenfassenden Rechnungen (Bilanz und Ergebnisrechnung) jeder Komponente der politischen Partei gemäß der Definition in Artikel 1. Diese Rechnungen können in Form einer Übersichtstabelle erstellt werden, die für jede Komponente eine bestimmte Anzahl an „Mindestdaten“ enthält (Summe der Aktiva, Rückstellungen und Verbindlichkeiten und Vermögen, laufende Aufwendungen und Erträge, Betriebsergebnis vor Finanzergebnis, Finanzergebnis, außerordentliches Ergebnis, Ergebnis des Geschäftsjahres, Zahl der beschäftigten Personen in Vollzeitgleichwerten, die von der Parteikomponente entlohnt werden); 3) der konsolidierte Jahresabschluss der politischen Partei und ihrer Komponenten, der eine konsolidierte Bilanz, eine konsolidierte Ergebnisrechnung und einen erläuternden Anhang der konsolidierten Bilanz- und Ergebnisrechnungsposten gemäß dem von der Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien bestimmten Schema enthält; 4) einen Bericht des Betriebsrevisors (siehe weiter unten unter „Kontrolle“).
32. Die jedes Jahr von den Parteien vorgelegten Jahresabschlüsse müssen eine Spendenaufstellung beinhalten (siehe weiter unten unter „Spenden und Spender“). Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1989 umfasst eine Aufzählung der Einnahmen politischer Parteien und ihrer Komponenten (öffentliche Dotationen, Spenden, Schenkungen, Vermächtnisse, Beiträge von Fraktionen, Beiträge von Mitgliedern, Einnahmen aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen, Einnahmen aus Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Werbung, Beiträge der Parteikomponenten, verschiedene Leistungen mit Geldwert oder in Geldwert erfassbare Leistungen). Im Gespräch mit den Parteivertretern vor Ort wurde bestätigt, dass ergänzende Einnahmequellen aus Vermögen (angelegte Ersparnisse etc.) in unterschiedlichem Verhältnis bestehen. Den Behörden zu Folge erfasst das in Artikel 23 des gleichen Gesetzes von der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien festgeschriebene Finanzberichtsschema alle Einnahmen einer Partei und ihrer Komponenten.

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: Bullets and Numbering

Wahlkampagnen

33. Aufgrund des Gesetzes vom 4. Juli 1989, des Gesetzes vom 19. Mai 1994 (zur Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden) und des Gesetzes vom 7. Juli 1994 (über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen) sind politische Parteien und Kandidaten verpflichtet⁹, nach Ablauf der Wahlen (45 Tage nach den föderalen Parlamentswahlen und Regionalwahlen und 30 Tage nach den Wahlen auf infraregionaler Ebene) ihre Wahlausgaben, die Herkunft der Geldmittel und die Spender, die Spenden in Höhe von 125 EUR und mehr geleistet haben, anzugeben. Die Erklärungen der politischen Parteien werden a) beim Präsidenten des Hauptwahlvorstandes des Wahlkreises, in dem die Partei ihren Sitz hat (im Fall von Föderal-, Regional- und Gemeinschaftswahlen) und b) beim Präsidenten des Gerichts Erster Instanz des Wahlkreises, in dem die Partei ihren Sitz hat (im Fall von infraregionalen Wahlen), hinterlegt. Die

Formatted: Bullets and Numbering

⁹ Eigentlich gehen sie lediglich die Verpflichtung ein, diese Pflicht zu erfüllen.

Kandidaten müssen ihre Erklärungen über die Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel beim Präsidenten des Hauptwahlvorstandes innerhalb der gleichen Fristen hinterlegen. Die Liste der Spender, die Spenden in Höhe von 125 EUR und mehr geleistet haben, muss direkt bei der Kontrollkommission hinterlegt werden.

Spenden und Spender

34. Spenden sind in den Artikeln 16bis und 16ter des Gesetzes vom 4. Juli 1989 geregelt. Diese Regeln stehen unter Kapitel III über die Finanzierung von politischen Parteien, doch sie gelten größtenteils auch für Kandidaten und Listen und befinden sich ebenfalls in den für die regionalen und infraregionalen Wahlen anwendbaren Gesetze vom 19. Mai 1994 und 7. Juli 1994. Aufgrund der Affären in den 80er Jahren musste der Gesetzgeber die Spenden von juristischen Personen an Parteien und Kandidaten einschränken und schließlich 1993 ganz verbieten. Die vor dem Besuch übermittelten Informationsunterlagen und die Informationen aus den Gesprächen vor Ort haben verdeutlicht, dass Spenden von allen juristischen Personen (Gesellschaften, Vereinigungen und andere) verboten sind. Es handelt sich nicht nur um direkte Spenden von juristischen Personen, sondern auch um mit Spenden gleichgesetzte „unentgeltliche Leistungen oder unter dem tatsächlichen Preis ausgeführte Leistungen“ von juristischen Personen, die untersagt sind. Doch die Anwendung dieser Regelung ist problematisch, da einige bestimmte indirekte Finanzierungsformen gebilligt werden, die das Gesetz nicht ausdrücklich ausschließt, insbesondere diejenigen, die unter *Sponsoring* durch Gesellschaften fallen¹⁰. Unter Vorbehalt dieser Ausnahme werden in den Artikeln 16bis und 16ter erlaubt: a) Spenden von natürlichen Personen an Parteien, ihre Komponenten, Listen, Kandidaten und Inhaber politischer Mandate (bereits gewählte Personen, die sich erneut zur Wahl stellen oder sich für ein anderes Mandat bewerben); b) Spenden von politischen Parteien an Kandidaten und Inhaber politischer Mandate; c) Spenden der Parteien an ihre Komponenten und umgekehrt. Diese unterschiedlichen Einnahmequellen müssen registriert werden. Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass Kredite durch Rechtsvorschriften gedeckt werden; auch wenn das Gesetz vom 4. Juli 1989 diese Einnahmequelle nicht explizit anführt, so wird sie in dem in Artikel 23 eingeführten Finanzbericht ausdrücklich berücksichtigt. Schließlich präzisiert das Gesetz, dass Abgaben der Inhaber politischer Mandate zugunsten ihrer politischen Partei oder deren Komponenten nicht als Spenden angesehen werden. Die Gespräche vor Ort zeigten, wie wichtig diese Einnahmequelle teilweise für Parteien ist (sie variiert entsprechend der Anzahl der Mandate und der Verantwortungen der Gewählten).
35. Gemäß Artikel 16bis des Gesetzes vom 4. Juli 1989 wird die Identität der natürlichen Personen, die Spenden unter welcher Form auch immer von 125 EUR und mehr zugunsten von politischen Parteien und ihren Komponenten, Listen, Kandidaten und Inhabern politischer Mandate machen, jährlich von den Empfängern registriert. Seitdem die Kommission für den Schutz des Privatlebens 1999 der Ansicht war, dass die Informationen zu Spenden auch persönliche Angaben beinhalten, die unter das Gesetz zum Schutz des Privatlebens von 1992 fallen, bleiben diese Informationen vertraulich. Das GET wurde darauf hingewiesen, dass die Veröffentlichung von Spenden und der entsprechenden Spender, die sowieso nicht durch die Rechtsvorschriften über die Finanzierung politischer Parteien vorgesehen ist, gegen das Gesetz von 1992 verstößt. Die Gespräche vor Ort haben gezeigt, dass durch das Nichtvorhandensein von expliziten

Formatted: Bullets and Numbering

¹⁰ Laut der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien ist unter *Sponsoring* die finanzielle Unterstützung einer Wahlveranstaltung mit Werbung zugunsten des Sponsors, beispielsweise in einem Wahlwerbeprospekt, in einem Programm oder auf Fahnen etc. zu verstehen. Wenn der Sponsor einen höheren Preis als den Marktpreis für diese Werbung zahlt, dann muss die Differenz als Spende angerechnet werden. Zur Erinnerung: Juristische Personen (Gesellschaften) dürfen keine Spenden zugunsten von politischen Parteien, Listen, Kandidaten oder Mandatsträgern machen (siehe Artikel 16bis).

Bestimmungen zu Spenden unter 125 EUR die Meinungen in Bezug auf die Verpflichtung der Registrierung dieser Spenden geteilt sind.

36. Artikel 16bis setzt bestimmte Höchstgrenzen für Spenden. Politische Parteien und ihre Komponenten, Listen, Kandidaten und Inhaber politischer Mandate dürfen jährlich von derselben natürlichen Person jeweils höchstens 500 EUR oder deren Gegenwert als Spende entgegennehmen. Ein Spender darf jährlich Spenden von insgesamt höchstens 2000 EUR oder deren Gegenwert zugunsten von politischen Parteien und ihren Komponenten, Listen, Kandidaten und Inhabern politischer Mandate machen.
37. Spenden von ausländischen Personen oder Einrichtungen sind nicht verboten und sind nicht Bestandteil spezifischer Regelungen. Das gilt ebenso für Vermächnisse. Die belgischen Behörden weisen darauf hin, dass prinzipiell nur Spenden unter Lebenden von den Rechtsvorschriften betroffen sind. Vermächnisse und Schenkungen unter Lebenden brauchen demzufolge nicht in der Buchführung der Berechtigten aufgenommen und registriert zu werden.
38. Die Bedingungen für die Erstellung der Spendenliste sind in Artikel 16ter des Gesetzes vom 4. Juli 1989 und in einem Königlichen Erlass vom 10. Dezember 1998 (abgeändert am 24. August 2000) festgelegt, was politische Parteien, ihre Komponenten und Inhaber politischer Mandate betrifft.

Formatted: Bullets and Numbering

Pflicht zur Mitteilung und Offenlegung der Rechnungen

39. Obwohl es keine gesetzliche Verpflichtung für die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse von politischen Parteien gibt - nur die Zusammenfassung des Finanzberichts muss im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht werden -, kam bei dem Gespräch vor Ort heraus, dass die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien seit 1993 in einem Parlamentsdokument die vollständigen Abschlüsse veröffentlicht (Rechnungsjahr 2007: 11 Parteien: 900 Seiten). Kandidaten und politische Parteien sind ebenfalls nicht zur Veröffentlichung ihrer Kampagnenrechnungen verpflichtet. Das Gesetz sieht nur die Veröffentlichung der Gesamtsumme pro Wahlkreis der Wahlausgaben für Kandidaten einer gleichen Liste und die Ausgaben jedes Gewählten getrennt im *Belgischen Staatsblatt* vor. Kampagnenrechnungen können jedoch während 2 Wochen nach den jeweiligen Wahlen von den Wählern des Wahlkreises bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz eingesehen werden.

Formatted: Bullets and Numbering

Dritte

40. Das Gesetz vom 4. Juli 1989 und die entsprechende Regelung für die Wahlen der Regional- und Gemeinschaftsparlamente (Gesetz vom 19. Mai 1994) und für die Wahlen auf Gemeinde-, Distrikts- und Provinzebene (Gesetz vom 7. Juli 1994) beinhalten analoge Bestimmungen zur Erfassung der Ausgaben von Dritten in den Rechnungen der Parteien und Kandidaten. So müssen von Dritten bestrittene Wahlwerbekosten in den Rechnungen der Partei, des Kandidaten oder der Liste aufgenommen werden, es sei denn, die betreffende Partei, Liste oder der betreffende Kandidat hat die Dritten per Einschreibebrief zur Einstellung ihrer Kampagne aufgefordert (mit Kopie an den Präsidenten des Hauptwahlvorstandes).

Formatted: Bullets and Numbering

Aufbewahrung der Unterlagen

41. Aufgrund des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 über die föderalen Wahlen (Artikel 6) und des Gesetzes vom 19. Mai 1994 (Artikel 6) über die Wahlen der Regional- und Gemeinschaftsparlamente sind die politischen Parteien verpflichtet, Belege in Bezug auf ihre Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel 2 Jahre ab dem Wahldatum aufzubewahren. Für infraregionale

Wahlen ist keine Verpflichtung für die Aufbewahrung von Belegen vorgesehen (Gesetz vom 7. Juli 1994).

Vermögensoffenbarungen und Veröffentlichung der Mandatslisten

42. Sachverständige des Gerichts und der Polizei haben bei dem Besuch verdeutlicht, wie wichtig die bestehenden Bestimmungen in Bezug auf Vermögensoffenbarungen und Veröffentlichung der Mandatslisten sind¹¹. Am 1. Januar 2005 sind die Sondergesetze und ordentlichen Gesetze vom 2. Mai 1995 und vom 26. Juni 2004 in Kraft getreten¹². Seitdem müssen zahlreiche öffentliche Mandatsträger und hohe Beamte (ca. 9000 Personen) regelmäßig zwei Unterlagen beim Rechnungshof vorlegen, und zwar eine Liste ihrer Mandate, Ämter oder Berufe¹³ und eine Vermögenserklärung. Diese beiden Erklärungen erfolgen nicht zwingend gleichzeitig.

(ii) Kontrolle (Artikel 14 der Empfehlung Rec(2003)4)

43. Wie im allgemeinen Teil dieses Berichts erwähnt, fiel bis 2001 die Vorschrift zur Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Regional- und Gemeindefwahlen in den föderalen Zuständigkeitsbereich. Dieser Zuständigkeitsbereich umfasste nicht nur die materiellen Vorschriften zu Wahlkampagnen, sondern auch die Kontrolle der Ausgaben der Parteien und Kandidaten für diese Wahlen. Es war also ein föderales Organ, und zwar die Kontrollkommission, das für die Kontrolle der Wahlausgaben der Parteien und Kandidaten für die Wahl des Flämischen Parlaments, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig war. Heute verfügt Belgien über 5 Kommissionen dieser Art: eine auf föderaler Ebene und je eine auf Ebene der 4 Teilgebiete, deren Parlament direkt gewählt wird.

44. Das Verfahren für die jährliche Kontrolle der Rechnungen der politischen Parteien und ihrer Komponenten bringt das Eingreifen dreier Instanzen mit sich. Es handelt sich in chronologischer Reihenfolge (ab dem Moment der Aufstellung der konsolidierten Rechnungen und des Finanzberichts) um: a) Betriebsrevisoren (externe Kontrolle); b) Rechnungshof; c) föderale Kontrollkommission. Das Verfahren für die Kontrolle der Wahlausgabenerklärung der politischen

Deleted: föderale

¹¹ Sie waren Bestandteil einer Untersuchung GRECOs im Rahmen der zweiten Evaluierungsrunde, einschließlich der dem Evaluierungsbericht folgenden Übereinstimmungsberichte.

¹² Diese Vorschriften und die parlamentarische Arbeiten sind unter www.belgielex.be verfügbar.

¹³ Grundsätze in Hinblick auf Mandate, Ämter und Berufe:

a) Die Mandatsliste ist eine jährliche Verpflichtung, ungeachtet der Veränderungen im Mandatsbestand. Sie muss zum letzten Mal in dem Jahr, das dem Jahr des letzten steuerpflichtigen Mandats (oder Amtes) folgt, vorgelegt werden.

b) Eine einzelne Mandatsliste muss jedes Jahr in einem festen Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem 31. März eingereicht werden. Mandatslisten mit Ausstellungsdatum vor dem 1. Januar oder vor diesem Datum vorgelegte Mandatslisten sind nicht gültig.

c) Sie betrifft alle Mandate, Ämter und Berufe: steuerpflichtig oder nicht steuerpflichtig, das ganze oder nur ein Teil des Vorjahres ausgeübt (ob entlohnt oder nicht). Gewöhnliche Mitgliedschaften (beispielsweise in einer politischen Partei, bei einer Krankenkasse etc.), Ehrenämter und Mandate als Mitglied einer Generalversammlung müssen nicht auf der Mandatsliste aufgeführt werden.

d) Sie wird im *Belgischen Staatsblatt* vor dem 15. August veröffentlicht.

Grundsätze in Hinblick auf die Vermögenserklärung:

a) Die Vermögenserklärung ist keine jährliche Verpflichtung. Das Einreichen dieser Erklärung wird unter anderem durch Beginn oder Beendigung jedes so genannten „steuerpflichtigen“ Mandats und Amtes bestimmt.

b) Sie muss im Monat nach Eintreten des Umstands, durch den die Verpflichtung entsteht, eingereicht werden.

c) Sie ist ein Bestandsverzeichnis der beweglichen und unbeweglichen Vermögen am Tag des Eintretens des Umstands.

d) Sie ist streng vertraulich und kann nur von einem Untersuchungsrichter im Rahmen eines Gerichtsverfahrens eingesehen werden.

e) Vermögenserklärungen, die vorher von einer verstorbenen steuerpflichtigen Person abgegeben wurden, werden beim Rechnungshof vernichtet, sobald die Kanzlei offiziell vom zuständigen institutionellen Informationsbeauftragten über den Tod benachrichtigt wurde.

Deleted:

Parteien und ihrer Kandidaten bringt auf föderaler Ebene das Eingreifen dreier Instanzen mit sich. Es handelt sich in chronologischer Reihenfolge um: a) Hauptwahlvorstand des Wahlkreises, in dem sich die Kandidaten zur Wahl gestellt haben oder von den Parteien vorgeschlagen wurden; b) Rechnungshof (fakultativ in 3 der 4 Regionen, verbindlich in der 4.); c) föderale Kontrollkommission für Föderalwahlen bzw. Kontrollkommission des Regional- und Gemeinschaftsparlaments für infraregionale Wahlen und Regional- und Gemeinschaftswahlen.

Deleted: f

Gerichte Erster Instanz und Hauptwahlvorstände

45. Die Präsidenten der Gerichte Erster Instanz und der Hauptwahlvorstände (Gerichte Erster Instanz) sind je nach Art der betreffenden Wahlen dafür zuständig, nach Ablauf der Wahl die Erklärungen über die Wahlausgaben der politischen Parteien und der einzelnen Kandidaten entgegenzunehmen. Obwohl das Gesetz sie zur Anforderung aller Informationen und aller notwendigen Informationsergänzungen ermächtigt, führen sie keine eigentliche Kontrolle durch, sondern stellen lediglich sicher, dass die betreffenden Personen die Erklärungspflicht einhalten und die Höchstgrenzen für Wahlausgaben nicht überschritten haben.

Formatted: Bullets and Numbering

Betriebsrevisoren

46. Die Betriebsrevisoren erstellen einen Bericht über ihre Kontrolle, der dem Finanzbericht der von der Partei bevollmächtigten Vereinigung beigefügt wird. Das Gesetz vom 4. Juli 1989 sieht vor, dass durch den Bericht der Betriebsrevisoren a) bestätigt wird, dass die konsolidierten Rechnungen entsprechend den Verordnungsbestimmungen erstellt werden. Dieser Bericht ist eine Bescheinigung im Sinne der von dem Institut der Betriebsrevisoren erarbeiteten allgemeinen Revisionsnormen; b) dargelegt wird, ob die Verwaltungs- und Buchführungseinrichtung der Partei und ihrer Komponenten genügt, um die konsolidierten Rechnungen aufzustellen; c) die Angaben der konsolidierten Rechnungen analysiert werden, indem die für das Verständnis der Finanzlage, des Ergebnisses und der Vergleichbarkeit wichtigen Aspekte hervorgehoben werden. Parteien können den Revisor frei bestimmen. Er wird für ein dreijähriges und auf unbegrenzte Zeit erneuerbares Mandat ernannt. Bestimmte Parteien ernennen mehrere Revisoren oder setzen mitunter denselben für alle ihre Einrichtungen ein. Revisoren, die gelegentlich Buchprüfer und Rechnungsprüfer zugleich sind, bearbeiten nur die Unterlagen, die von der Partei, die sie bestimmt hat, überreicht wurden.

Deleted:

Rechnungshof

47. Aufgrund von Artikel 180 der Verfassung wurde der Rechnungshof als Nebenorgan des Parlaments errichtet. Das Gesetz vom 29. Oktober 1846 legt seine Organisation fest und sieht vor, dass die Mitglieder seiner 2 Kammern (jede setzt sich aus einem Präsidenten, 4 Mitgliedern und einem Greffier zusammen) alle 6 Jahre von der Abgeordnetenversammlung, die sie jederzeit abberufen kann, ernannt werden. Er besitzt allgemeine Zuständigkeit für die externe Kontrolle ganz Belgiens¹⁴ und daher gibt es keine regionalen Rechnungshöfe. Die Kontrolle der Gemeinden fällt jedoch nicht in seinen Zuständigkeitsbereich. Wie schon beim Besuch verdeutlicht, ist die Stelle des Rechnungshofs im System für die Kontrolle der Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen variabel: Er muss in die Kontrolle auf föderaler Ebene und der Flämischen Region eingreifen (die föderale Kontrollkommission und die flämische Kontrollkommission müssen den Rechnungshof hinzuziehen). Was die Wallonische Region, die Region Brüssel-Hauptstadt und die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, können die Kommissionen für die Kontrolle der Regionalparlamente den Rechnungshof konsultieren und seine Meinung einholen. In der Praxis haben sie noch nie von diesem Recht Gebrauch gemacht,

Deleted: f

¹⁴ Föderalstaat, Gemeinschaften, Regionen, davon abhängige Einrichtungen öffentlichen Interesses und Provinzen

wie das GET vor Ort erfahren hat. Die Kontrolle der Wahlausgaben durch den Rechnungshof bezieht sich auf die Erklärungen über die Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel der politischen Parteien und der einzelnen Kandidaten. Die gleiche Arbeit in Bezug auf die Jahresabschlüsse der politischen Parteien erstreckt sich auf die konsolidierten Rechnungen jeder Partei und ihrer Komponenten. In beiden Fällen gibt der Rechnungshof eine Stellungnahme ab; er gibt zu bedenken, dass durch seine im Wesentlichen formelle Arbeit keine wirkliche Kontrolle der Erklärungen und Rechnungen möglich ist; er muss sich zum einen stützen auf die Informationen in Bezug auf die Wahlausgaben, die ihm von den Wahlvorständen und Gerichten Erster Instanz übergeben werden, und zwar auf die Erklärungen der Parteien und Kandidaten, und zum anderen auf die Finanzberichte, was die Jahresabschlüsse betrifft; er hat keinen Zugriff auf die Belege der Parteien und Kandidaten oder der Revisoren (im Fall der politischen Parteien). Er macht keine Zweckmäßigkeitskontrollen in Bezug auf die Wahlausgaben, sondern kontrolliert ihre Vorschriftsmäßigkeit, und beschränkt sich darauf, eventuelle Inkohärenzen oder wichtige Veränderungen von einem Jahr oder einer Wahl auf das andere/die andere aufzudecken. Er muss seine Stellungnahme innerhalb eines Monats abgeben; er ist der Meinung, dass dieser Zeitraum unter Berücksichtigung der Art der Arbeit ausreichend ist.

Die föderale Kontrollkommission und die 4 regionalen Kommissionen

Deleted: f

48. Die Föderale Kontrollkommission wurde im Rahmen des Gesetzes vom 4. Juli 1989 als Kommission des föderalen Parlaments eingerichtet, besteht paritätisch aus 10 Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung und 10 Senatoren und steht unter dem Vorsitz der Präsidenten der Abgeordnetenversammlung und des Senats. Nach jeder vollständigen Erneuerung von Abgeordnetenversammlung und Senat ernennen die zwei Versammlungen ihre Vertreter in der föderalen Kontrollkommission. Die Kontrollkommission bestimmt in ihrer Satzung und ihrer Geschäftsordnung (beide werden im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht) die Modalitäten in Bezug auf ihre Zusammensetzung, ihre Arbeitsweise und ihr Beschlussverfahren. Wie vorher erwähnt, ist die Kontrollkommission verpflichtet sich vom Rechnungshof beraten zu lassen, sowohl für die Kontrolle der Wahlausgaben der politischen Parteien und der einzelnen Kandidaten als auch für die Kontrolle der Finanzberichte der politischen Parteien und ihrer Komponenten (sie kann ebenfalls die Stellungnahme des Rechnungshofes für die Ausübung ihrer anderen gesetzlichen Befugnisse einholen, wenn sie dies für zweckmäßig erachtet). In der Praxis bedeutet das, dass die föderale Kontrollkommission nach vorheriger Analyse der Unterlagen durch den Rechnungshof die jährlichen Finanzberichte der Parteien und die Erklärungen der politischen Parteien und Kandidaten über die Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel in Bezug auf die Föderalwahlen untersucht. Die föderale Kontrollkommission aktualisiert ebenfalls regelmäßig eine Unterlage, die den Parteien und Kandidaten helfen soll, die Rechtsvorschriften besser zu verstehen und ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Unterlage trägt den Titel „Limitation et contrôle des dépenses électorales - Commentaire et recommandations de la Commission de contrôle concernant l'interprétation de la législation“¹⁵. Allgemein ist sie unter der Bezeichnung *Vademekum* bekannt. Was die Mittel betrifft, verfügt die Kommission über ein festes Sekretariat bestehend aus 2 Juristen (zu denen in der Wahlperiode 2 oder 3 Personen hinzukommen). Die Kommission und ihr Sekretariat besitzen keine besondere Finanz- und Buchführungsexpertise und wenden sich nicht mit konkreten Akten an externe Experten. Die zwei Sekretäre können aber informell ihre sachverständigen Kollegen in der Parlamentskanzlei zu Rate ziehen¹⁶. Im Verlauf der Gespräche wurde deutlich, dass sich die föderale Kontrollkommission sehr oft auf die Arbeit des Rechnungshofs stützt.

Deleted: f

Deleted: f

Deleted: f

Deleted: f

Deleted:

Deleted: f

¹⁵ Die zur Zeit der Evaluierung bestehende Version ist von 2007.

¹⁶ Die föderale Kontrollkommission wird jedoch vom Institut der Betriebsrevisoren unterstützt, das intern eine Arbeitsgruppe „Politische Parteien“ für allgemeine technische Probleme im Bereich Buchführung und finanzielle Berichterstattung eingerichtet hat.

Deleted: f

49. Nach der letzten institutionellen Reform wurden die regionalen Kontrollkommissionen 2003/2004 gegründet. Sie sind vergleichbar mit der föderalen Kontrollkommission, was ihre Satzung, Zusammensetzung, Rolle (mit Ausnahme der Kontrolle der Parteienfinanzierung, die in den Zuständigkeitsbereich der föderalen Kontrollkommission fällt), Arbeitsweise und Mittel anbelangt. Wie vorerwähnt, holen die meisten regionalen Kontrollkommissionen die Stellungnahme des Rechnungshofes nicht ein.

Deleted: f

Andere Mechanismen

50. In gewissem Maße nimmt die Öffentlichkeit an der Kontrolle der Wahlausgaben teil, da jeder Bürger Zugang zu den Erklärungen über die Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel hat. Diese Erklärungen werden in der Gerichtskanzlei hinterlegt und können dort nur von den Wählern des betreffenden Wahlkreises und oft nach Absprache während 2 Wochen nach den Wahlen eingesehen werden. Auf infraregionaler Ebene, und zwar für die lokalen Wahlen, wurde ein Rechtskollegium eingerichtet, das für die Kontrolle der Gültigkeit der Wahlen zuständig ist, einschließlich der Verstöße gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 1994 (*über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte*). Im Prinzip kann es sich nicht von Amts wegen mit einer Sache befassen (es bedarf einer vorherigen Beschwerde einer Einzelperson) und nur Kandidaten können Beschwerde einlegen.

Formatted: Font: Not Italic

51. Diese Regelung geht weder aus den Antworten auf den Fragebogen, noch aus den Gesprächen vor Ort hervor, doch prinzipiell wird der VoG, die als Hauptfinanzbevollmächtigte auftritt, in Artikel 22 Absatz 2 des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 die Aufgabe übertragen, „die Komponenten [der Partei] in administrativer Hinsicht zu begleiten (...) und dafür zu sorgen, dass diese die Buchführungsregeln einhalten“. Die betreffende VoG ist somit mit einer Art ergänzenden externen Kontrolle der anderen Gliederungen beauftragt (es bleibt aber eine interne Kontrolle innerhalb der Partei).

Formatted: Bullets and Numbering

(iii) Sanktionen (Artikel 16 der Empfehlung R(2003)4)

52. Das Gesetz vom 4. Juli 1989 zur Regelung der Finanzierung von politischen Parteien und von föderalen Wahlkampagnen sieht Sanktionen für politische Parteien, einzelne Kandidaten, Empfänger von Spenden und Spender vor bei Nichteinhaltung der meisten Bestimmungen. Bei anderen sind dagegen keine Sanktionen vorgesehen, so zum Beispiel für das Betreiben von Wahlwerbung durch Parteien und Dritte mit untersagten Mitteln (Gebrauch von Tafeln und Anschlägen, Verkauf von Gadgets während des Referenzzeitraums).

Formatted: Bullets and Numbering

53. Sanktionen wie Entziehung der föderalen oder regionalen öffentlichen Unterstützung werden von den Kontrollkommissionen beschlossen. Einige Kontrollkommissionen können ebenfalls in ihrer Funktion als Rechtskollegium den Mandatsverlust aussprechen, andernfalls ist der Verwaltungsrichter dafür zuständig. Andere Sanktionen, beispielsweise Geldbußen, werden vom Strafrichter ausgesprochen (Korrektionalgericht). Die Verfahren werden entweder auf Initiative des Prokurators des Königs, auf Anzeige der Kommissionen im Rahmen ihrer Kontrollaktivität oder auf Klage von Bürgern oder Kandidaten eingeleitet.

Formatted: Bullets and Numbering

54. Missachtungen der Bestimmungen in Artikel 2 §§ 1 bis 3 (über die Einschränkung der Wahlwerbekosten für die Wahlen der föderalen Kammern) durch Kandidaten werden mit den in Artikel 181 des Wahlgesetzbuchs vorgesehenen Strafen, was natürliche Personen¹⁷ betrifft, belegt (Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu einem Monat und/oder Geldbuße von

Formatted: Bullets and Numbering

¹⁷ Das Gesetz spricht von „wer“; das GET konnte nicht genau bestimmen, ob auch Parteien jeweils belangt werden können.

Deleted: koennen

50 bis 500 EUR, die um 45 Zehntel zu erhöhen ist, das heißt x 5,5). Diese Strafen sind auch anwendbar, wenn die Erklärung über die Wahlausgaben und/oder die Herkunft der Geldmittel nicht fristgerecht hinterlegt wird und wenn bestimmte Propagandaaktionen während des Zeitraums von 3 Monaten vor den Wahlen stattfinden. Wenn eine politische Partei die Höchstgrenze für Wahlausgaben überschreitet, ist vorgesehen, dass sie das Recht auf die föderale öffentliche Dotation für einen Zeitraum von 1 bis 4 Monaten verliert.

55. Außerdem wird der Kandidat oder Inhaber eines politischen Mandats oder jede Person, die im Namen der Partei oder für die Partei auftritt, mit folgenden Strafen belegt, wenn er/sie Schenkungen entgegen den Bestimmungen über Herkunft, Registrierung, Identifizierung und Erfassung der Schenkungen in der Buchführung entgegennimmt: a) Einzelperson: Geldbuße von 26 bis 100.000 EUR ; b) Partei: Verlust der föderalen Dotation in Höhe der doppelten Summe der Schenkung. Der gesamte allgemeine Teil des Strafgesetzbuchs (beinhaltet insbesondere die Bereiche Beschlagnahme, in Gruppen begangene Straftaten als erschwerender Umstand etc.) findet ausdrücklich Anwendung.

Formatted: Bullets and Numbering

56. Wird die Spendenaufstellung mit der Identität der Spender nicht oder nicht fristgerecht vorgelegt, dann gelten folgende Sanktionen: a) für die politische Partei und ihre Komponenten: Verlust des Rechts auf föderale öffentliche Dotationen für einen Zeitraum von 1 bis 4 Monaten; b) für Inhaber politischer Mandate: Geldbuße in Höhe von 26 bis 100.000 EUR. Kandidaten, die noch nicht Inhaber eines Mandats gewesen sind und die Spendenaufstellung mit der Identität der Spender binnen 45 Tage nach Ablauf der Wahlen nicht eingereicht haben, werden mit den in Artikel 181 des Wahlgesetzbuchs (siehe § 54) vorgesehenen Strafen belegt.

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted: Paragraph

Deleted:

57. Für Spender gilt folgende Vorschrift: Spenden an eine Partei, an einer ihrer Komponenten (ungeachtet ihrer Rechtsform), an eine Liste, an einen Kandidaten oder Inhaber eines politischen Mandats entgegen den Bestimmungen in Art. 16bis des Gesetzes vom 4. Juli 1989 über die Herkunft, Registrierung, Identifizierung und Erfassung der Schenkungen in der Buchführung werden mit einer Geldstrafe in Höhe von 26 bis 100.000 EUR belegt. Die Anwendbarkeit des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs ist auch in diesem Fall ausdrücklich vorgesehen.

Formatted: Bullets and Numbering

58. Das GET hatte nicht die Gelegenheit alle anderen Gesetzestexte, insbesondere die der Gesetze von 1994 zur Regelung der Wahlkampagnen für die Wahlen der Regional- und Gemeinschaftsparlamente und für die infraregionalen Wahlen, zu untersuchen, doch anscheinend, sehen diese analoge Sanktionen vor. Die Flämische Region hat eine spezifische Vorschrift mit analogen Sanktionen, von denen jedoch einige höher sind.

Statistiken

59. Es gibt keine allgemeinen und konsolidierten Statistiken in Bezug auf die Ergebnisse der von den parlamentarischen Kontrollkommissionen durchgeführten Kontrollverfahren. Strafrechtliche Sanktionen, die vom Richter (auf Anrufung durch die Kommissionen oder nicht) entschieden werden, werden ebenfalls nicht auf spezifische Weise erfasst.

Auf föderaler Ebene

60. Was Verwaltungssanktionen anbelangt, musste die föderale Kontrollkommission zwischen 1989 und dem Besuchsdatum 7mal zu Finanzberichten von politischen Parteien und ihren Komponenten, die Probleme darstellten (3 Akten betrafen dieselbe Partei), Stellung nehmen:

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted: f

- In vier dieser Fälle hat sie die Entziehung der föderalen Dotation ausgesprochen.
- In einem Fall erhielt die betreffende Partei nicht mehr die Unterstützung und konnte somit nicht sanktioniert werden.

Deleted: 4

- In zwei Fällen hat sie den Bericht unter Vorbehalt der Schlussfolgerungen des Untersuchungsrichters angenommen (in einem Fall wurde die Unterstützung zeitweilig ausgesetzt).

61. Was die Wahlausgaben in Bezug auf die Wahlen im Zuständigkeitsbereich der föderalen Kontrollkommission betrifft, wurden den Antworten auf den Fragebögen Auszüge der Schlussfolgerungen von Berichten über die Wahlen von 1991, 1995, 1999 und 2003 beigefügt. Diese deuten darauf hin, dass nie Sanktionen angewendet wurden, weil entweder die Präsidenten der Wahlvorstände keine Verstöße festgestellt haben, die Prokuratoren die Klagen in Bezug auf Verstöße nicht verfolgt haben oder weil trotz des Vorhandenseins von Verstößen keine Klage von einer Kontrollkommission, einem Kandidaten oder einer anderen Person gegen die schuldige Partei oder den schuldigen Kandidaten eingereicht worden ist.

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted: f

Das Beispiel der flämischen Kontrollkommission

62. Die regionalen Kommissionen hatten seit ihrer Gründung nur die Gelegenheit sich zu den Wahlen 2003/2004 zu äußern.

Deleted: f

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted: a

Deleted: mit einer

Deleted: haben

Deleted: ,

Deleted: beim Prokurator des Königs Stellung genommen.

Deleted: den

Deleted: hätten

Deleted: e

Deleted: müssen

Deleted:

Deleted: nicht die

Deleted: keine

Deleted: der

Deleted: f

Deleted: a

Deleted: zu

Deleted: Stellung genomme

Deleted: als

Deleted: als

Deleted: schwerd

Deleted: e

Deleted: igkeiten

Deleted: in Bezug auf die gleiche Beschwerde

Deleted: ib

Deleted: t

Deleted: so dass

Deleted: orden ist

Deleted: ,

Deleted:

Deleted:

Deleted: igkeiten

Deleted: führte

Deleted: Regelung

Deleted: der

63. Die flämische Kommission hat beispielsweise im Rahmen der Wahl des Fflämischen Parlaments vom 13. Juni 2004 beim Prokurator des Königs Klage gegen 26 Kandidaten eingereicht, die keine Erklärung über ihre Wahlausgaben gemacht und auch nicht auf ein an sie adressiertes Mahnschreiben reagiert haben. Keiner der betreffenden Prokuratoren hat es für notwendig erachtet gerichtlich gegen sie vorzugehen (die Kontrollkommission hat keine Kenntnis von Strafverfolgungen, die auf Initiative des Prokurators des Königs selbst eingeleitet worden wären). Die 6 Parteien, die keine Erklärung über ihre Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel hinterlegt hatten, haben einen Brief erhalten. Eine dieser Parteien hat auf diesen Brief nicht reagiert, so dass eine Kontrolle ihrer Wahlausgaben nicht möglich war. Da diese Partei jedoch keine Gewählten hatte, konnte sie nicht mit der in Artikel 7 des Dekrets vom 7. Mai 2004 vorgesehenen Sanktion (Verlust der zusätzlichen Dotation des Fflämischen Parlaments) belegt werden.

64. Bei den lokalen Wahlen vom 8. Oktober 2006 hat die flämische Kontrollkommission über 12 Beschwerden in Bezug auf die Wahl der Spitzenkandidaten und anderer Kandidaten aufgrund eines Verstoßes gegen Kapitel III bis des Dekrets vom 7. Mai 2004 befunden. Von diesen Beschwerden wurden 11 für zulässig und 2 für begründet erklärt. Im Fall einer dieser für begründet erklärten Beschwerden hat die Kontrollkommission den betreffenden Spitzenkandidaten mit der Aberkennung seines Mandats bestraft. Im Fall der anderen für begründet erklärten Beschwerde war die Kontrollkommission der Ansicht, dass die einzige Sanktion, die sie anwenden kann, und zwar die Aberkennung des Mandats, nicht im Verhältnis zum beschriebenen Verstoß stand. Diese Sanktion wurde infolgedessen nicht verhängt; in der Entscheidung wurde diese Handlung dennoch als eine "unbestritten strafbare Handlung" bezeichnet, was an sich einen Verweis darstellt und auch als eine Form von Sanktion gesehen werden kann. Die in einem einzigen Fall verhängte Sanktion der Mandatsaberkennung wurde aufgrund einer Beschwerde beim Staatsrat für nichtig erklärt. Die Berufungsinstanz hat festgestellt, dass es in Bezug auf die gleiche Beschwerde bereits eine rechtskräftige Entscheidung vom Rat für Wahlstreitsachen gab, aufgrund deren der betreffende Spitzenkandidat entlastet worden war. Von den 12 bei der Kontrollkommission eingereichten Beschwerden wurden 7 ebenfalls beim Rat für Wahlstreitsachen eingereicht. Keine dieser Beschwerden hat zur Aberkennung eines Mandats geführt. Die Kontrollkommission wurde vom Prokurator des Königs über eine Klage gegen eine Liste aufgrund des Verstoßes gegen die Vorschriften in Bezug auf die Wahlausgaben informiert. Nach Untersuchung dieser Klage hat der Prokurator des Königs entschieden keine Strafverfolgung einzuleiten.

Das Beispiel der Kontrollkommission Brüssel-Hauptstadt

65. Nach Ablauf der Regionalwahlen vom 13. Juni 2004 haben 2 Wähler Bemerkungen über 4 Kandidaten gemacht. Die Kommission hat entschieden, dass die Summe der Wahlausgaben von 3 Kandidaten heraufgesetzt werden musste (aber ohne die zulässige Ausgabenhöchstgrenze zu überschreiten); in einem anderen Fall wurde die Summe der Wahlausgaben eines Kandidaten bis zur erlaubten Höchstgrenze erhöht. Der Überschuss, das heißt eine Summe von 260 EUR, wurde der Erklärung über die Wahlausgaben der betreffenden politischen Partei eingegliedert, ohne dass die für die Partei geltende zulässige Höchstgrenze überschritten worden wäre.

- Deleted: a
- Deleted: der
- Deleted:
- Deleted: worden ist
- Deleted:
- Deleted: Höchstgrenze für

66. Nach Ablauf der Gemeindewahlen vom 8. Oktober 2006 wurden 6 Klagen gegen Kandidaten eingereicht, wovon eine einzige eine Sanktion nach sich zog (Entziehung des Mandats eines Kandidaten gemäß Artikel 74bis, § 2 des Gemeindewahlgesetzbuchs).

- Deleted: a
- Deleted: ,
- Formatted: Bullets and Numbering
- Deleted: Mandatse
- Deleted: eines
- Deleted: ,

IV. ANALYSE

Allgemeine Betrachtungen

67. Die historischen Umstände in Bezug auf die Einführung einer Regelung für die Finanzierung des politischen Lebens in Belgien sind mit denen anderer Mitgliedsländer GRECOs vergleichbar. Man wollte den Missbräuchen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Aufträge, die vom Staat im Gegenzug für finanzielle Unterstützungen von Politikern vergeben wurden, ein Ende setzen aufgrund einer Reihe von Aufsehen erregenden Affären aus Politik und Finanz in den 80er Jahren (im Fall Belgiens erinnert man sich insbesondere an Namen wie Agusta und Dassault). Das 1989 (mit dem Gesetz vom 4. Juli über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Föderalen Kammern und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien) eingeführte System der öffentlichen/privaten Finanzierung unter Ausschluss der Finanzierung durch juristische Personen wird im Vergleich zu der Zeit, als Parteien und Gewählte noch Versprechen machen mussten, um Unterstützungen aus der Finanzbranche zu erhalten, als deutliche Verbesserung betrachtet. Andere Faktoren sind dennoch nicht geändert worden, wie zum Beispiel die Politisierung der Verwaltung und insbesondere auch der lokalen und territorialen Gebietskörperschaften oder Teilgebiete, in denen der Einfluss der Gewählten immer größer wird je näher man den kleinsten Körperschaften kommt (Benutzung von Mitteln für politische Zwecke, stark verbreitete Vetternwirtschaft)¹⁸. Die Bürgermeister der Gemeinden gelten auf lokaler Ebene als besonders einflussreich, weil ihr Einfluss durch Verwaltungsvorschriften und Verwaltungspraxis begünstigt wird. (Gemeinden verfügen über eine große Autonomie; sie unterstehen nicht der Kontrolle des Rechnungshofs, sondern eines Gemeindeeinnehmers¹⁹; einige zweifelhafte Vorgehensweisen sind festgestellt worden, beispielsweise Protokollführungen über Beratungen und Beschlüsse der Gemeinden, die nach Ende der Debatten abgeschlossen werden und je nach Bedarf das Hinzufügen von Entscheidungen ermöglichen etc.). Die vom GET gesammelten Informationen deuten darauf hin, dass gewisse Manipulationsformen nicht vollständig verschwunden sind (Scheinangestellte bzw. -stellen, fingierte Rechnungen, irrelevante Forschungen und Studien, für die aber viel Geld ausgegeben wird etc.) und die bei Verfahren unabhängig von der Kontrolle der Finanzierung der Politik, beispielsweise bei Kontrollen der Arbeitsinspektion oder der Steuerbehörden, zutage treten.

68. Parallel dazu kann man eine starke Abhängigkeit der Parteien von den öffentlichen Finanzierungen, zumindest bei denjenigen, die sie beziehen, beobachten, denn 85% ihrer Mittel sind öffentlichen Ursprungs. Die Universitätsexperten, die sich mit dem GET trafen, meinen, dass das Nichtvorhandensein öffentlicher Kampagnenfinanzierungen (und eine gleichzeitig schwache private Kampagnenfinanzierung) einer der Faktoren für das politische Monopol der Parteien ist, die somit Hauptfinanzierungsquelle der Kandidaten geworden sind. Einige Besonderheiten Belgiens (viele Teilgebietesebenen, Wahlsystem zugunsten von Koalitionen und gemeinsamen Listen) führen dazu, dass fast alle großen Parteien diese Finanzierungen beziehen und natürlich auch versuchen beizubehalten. Diese Besonderheiten und die zersplitterte politische Landschaft Belgiens könnten ein Grund für das Vorhandensein von Allianzen und gemeinsamen Listen zwischen Parteien, die darauf abzielen Sitze zu erlangen oder beizubehalten, sein. Der Verlust der öffentlichen Unterstützung durch Sanktionen ist eine Gefahr für die Parteien und hat zur Folge, dass Parteien Acht geben und sich disziplinieren. Auf der anderen Seite lasten diese

¹⁸ Gewählte oder Parteien, die Angestellte oder Einrichtungen der Gemeinde benutzen, Mitbürger, die eine Unterstützung von ihrem lokalen Gewählten erhalten (Erhalt einer öffentlichen Wohnung, eines Arbeitsplatzes, von Zulagen etc.) und folglich loyale aktive Mitglieder und Plakatkleber werden etc.

¹⁹ Die Kontrolle der Rechts- und Vorschriftsmäßigkeit in Bezug auf Ausgaben wird von einem Gemeindebeamten (Gemeindeeinnehmer) mit gesetzlichem Grad (der Einnehmer wird aber von den Gemeinden bestimmt) durchgeführt.

Formatted: Bullets and Numbering

Deleted: s...politischen Lebens den...Verträgen und öffentlichen Märkten... die... der... zugänglich gemacht... politischen ...und finanziellen Affären r...abgeben...eine leichte ... weil ein öffentliches/privates Finanzierungssystem eingeführt und die Finanzierung durch juristische Personen abgeschafft wurde...ollen sein... Teilgebieten... ..reitstellung von...regeln... ..ist...die Teilgebiete... ..genießen... ..d... ..am je nach Bedarf ...arbeit...wo...bei von der Kontrolle der Finanzierung des politischen Lebens ... [1]

Deleted: eien...oder fast alle erhalten ...offenbar...diese ...Das Zersplitterung der ...n...ist der...und... erklärt... Cela pourrait être une des raisons avec la fragmentation du paysage politique belge qui expliquent notamment les alliances et listes communes entre partis, qui visent à obtenir ou conserver des sièges ... [2]

Formatted: German (Germany)

Deleted: ist e...ine ...für die Partei bringt ... [3]

Formatted: Font color: Auto

Deleted: die Parteien ...dazu aufzupassen...zu ... [4]

Deleted: reitstellen...beziel ... [5]

Deleted: die ...vom...die ... müssen ihn...e...n ... [6]

Faktoren auf der Effizienz der Kontrollmechanismen hinsichtlich der Parteienfinanzierung und der Wahlkampagnen.

69. Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Föderalstaat und föderierten Teilgebieten (Regionen und Gemeinschaften) und die auf föderalem, regionalem und infraregionalem Niveau anwendbaren Vorschriften bringen ein relativ komplexes System mit sich²⁰. Es gibt eine Vielzahl von nicht immer gerechtfertigten Gesetzestexten (mehrere Föderalgesetze könnten vermischt werden) und somit auch Risiken in Bezug auf Abweichungen und „Lücken“ in den Rechtsvorschriften²¹. Diese Risiken werden durch die Vielzahl der Kontrollkommissionen verstärkt, die unabhängig voneinander arbeiten und die Regelungen anzuwenden und zu interpretieren haben. Deshalb stellt die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien vor jeder Parlamentswahl eine aktualisierte Version ihrer Kommentare und Empfehlungen in Bezug auf das Gesetz vom 4. Juli 1989 in einem Vademekum zusammen. Es scheint Praxis geworden zu sein, neben der Aktualisierung des Vademekums ein Vereinbarungsprotokoll zwischen den Präsidenten der 7 Kammern (die 2 föderalen Kammern und die 5 Regional- und Gemeinschaftsparlamente) abzuschließen, durch das sie ihre jeweiligen Kontrollorgane auffordern, die Rechtsvorschriften entsprechend den von der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien zusammengestellten Kommentare und Empfehlungen anzuwenden. Diese Konzertierung zielt darauf ab, trotz der Vielzahl der Kontroll- und Wahlorgane eine gleichmäßige Anwendung der Vorschriften zu gewährleisten unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen. Das Vademekum hat jedoch hauptsächlich informativen Charakter.

70. Das gesetzliche System wurde hinsichtlich verschiedener spezifischer Punkte kritisiert, beispielsweise: Komplexität der Regelung zur Einschränkung der Wahlausgaben und Tatsache, dass manche Kandidaten bedeutend mehr ausgeben dürfen als andere (was Letztere zu Betrug veranlassen würde); Kohärenz der Vorschriften im Bereich Schenkungen und Sanktionen; Unsicherheitsfaktoren in Bezug auf öffentliche Unterstützung auf regionaler und infraregionaler Ebene; Auswirkungen der Mandatshäufung; Problem der Berücksichtigung des eventuellen Gebrauchs seitens der Kandidaten von Dienstleistungen und Mitteln der Kollektivität, dessen Gewählte sie sind; Unterstützung seitens juristischer Personen; Transparenz der Buchführung der in einem Kartell organisierten Parteien. Es sind wichtige Unstimmigkeiten in Bezug auf die Interpretation der Regeln aufgetreten, beispielsweise über das tatsächliche Vorhandensein von Finanzströmen (zwischen Parteien und Kandidaten und zwischen Komponenten und Parteien); die Zuständigkeiten und die tatsächliche Rolle der regionalen Kontrollkommissionen, der Gerichte Erster Instanz und der Wahlvorstände (im Bereich Kampagnenkontrolle); die Vorschriften über die Aufbewahrung von Belegen. Aufgrund der verschiedenen Unzulänglichkeiten, die in diesem Bericht festgestellt wurden, insbesondere im Bereich Kontrolle und Effizienz der Sanktionen, sind umfassende Überlegungen und Konzertierungen notwendig. Die Rechtsvorschriften von 1989 sind schließlich schon 20 Jahre alt und deshalb ist es trotz der Abänderungen und Vervollständigungen, insbesondere aus dem Jahr 1994, angebracht, Bilanz zu ziehen und eventuell eine gründliche gesetzliche Überarbeitung vorzunehmen, die gleichzeitig ermöglichen würde, die verschiedenen in der Empfehlung (2003)4 aufgestellten Grundsätze wie beispielsweise ausländische Finanzierungen, die zurzeit in keiner spezifischen Bestimmung enthalten sind, besser zu berücksichtigen. Das GET empfiehlt Beratungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer Revision der gesamten belgischen Vorschriften im Bereich der

²⁰ Diese Komplexität bereitet dem GET, aber auch den belgischen Gesprächspartnern vor Ort Schwierigkeiten, eine Übersicht über die Besonderheiten der verschiedenen Rechtsvorschriften und Zuständigkeitsbereiche der betreffenden Institutionen Belgiens zu haben/zu geben.

²¹ Siehe Fußnote 6 (Nr. 14).

- Deleted: ie...in Hinblick auf ... [7]
- Formatted: German (Germany)
- Deleted: Verband... n...n...n...führen... herbei...des...rechtlichen Rahmens... und...aufgefordert werden, ...f...dem Dokument... [8]
- Formatted: Bullets and Numbering
- Formatted: Font: Italic
- Deleted: "
- Formatted: ... [9]
- Deleted: Il semble devenu une pratique de conclure, en parallèle de l'actualisation du vade-mecum, un protocole d'accord entre les ... [10]
- Formatted: ... [11]
- Deleted:
- Formatted: ... [12]
- Deleted: Ce travail de cor... [13]
- Formatted: ... [14]
- Formatted: ... [15]
- Formatted: ... [16]
- Deleted: Le dispositif légit... [17]
- Formatted: ... [18]
- Deleted: la cohérence de... [19]
- Formatted: ... [20]
- Deleted: les incertitudes... [21]
- Formatted: ... [22]
- Deleted: et la question de... [23]
- Formatted: ... [24]
- Deleted: les aides de per... [25]
- Formatted: ... [26]
- Deleted: ,
- Formatted: ... [27]
- Deleted: la transparence... [28]
- Formatted: ... [29]
- Deleted: Des divergences... [30]
- Formatted: ... [31]
- Deleted: . Par ailleurs, les... [32]
- Formatted: ... [33]
- Deleted: Enfin, la législat... [34]
- Formatted: ... [35]
- Deleted: . L'E'EG recom... [36]
- Formatted: ... [37]
- Formatted: ... [38]
- Deleted: Cette complexité... [39]
- Deleted: Voir
- Formatted: ... [40]
- Deleted: note en bas de ... [41]

Parteien- und Wahlkampagnenfinanzierung durchzuführen, um diese zu vereinheitlichen, zu präzisieren und zusammenhängender und effizienter zu gestalten.

71. Eine strikte Auslegung des Föderalgesetzes vom 4. Juli 1989 würde bedeuten, dass für Parteien (und ihre Komponenten), die keine (föderale) öffentliche Unterstützung gemäß Artikel 15 erhalten, die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf Buchführung nicht zutreffen. Das würde auch gelten, wenn sie andere Formen von privater oder öffentlicher Unterstützung erhalten oder aktiv in der Politik tätig sind. Doch wenn diese Parteien an Wahlen teilnehmen, dann müssen sie unter anderem die Höchstgrenze der Wahlausgaben und das Verbot bestimmter Kampagnenmethoden einhalten. Sie müssen ebenfalls ihre Erklärung über die Wahlausgaben und die Herkunft der Geldmittel hinterlegen. Wenn die Partei jedoch keinen Sitz im föderalen Parlament erhält und infolgedessen keine föderale Dotation bekommt, dann kann sie von der Kontrollkommission für das Überschreiten der Höchstgrenze der Wahlausgaben nicht bestraft werden. Einige Gesprächspartner des GET haben diese Auslegung bestätigt und betont, dass es sich hierbei um erhebliche Lücken handelt. Föderale und regionale Vorschriften beinhalten zudem eine Begriffsbestimmung für die Partei und ihrer Komponenten (beispielsweise in Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1989). Trotz der relativ umfangreichen Bestimmung des Begriffs Partei belassen es Parteien meistens bei einem minimalistischen Lesen der Komponentenliste. Diese Liste beinhaltet nicht die Ortssektionen der Partei, obwohl sie in großen Städten wichtig sein können, da sie an lokale Wahlen teilnehmen, die Kampagnen einzelner Kandidaten finanzieren und Geldmittel einnehmen, von denen bei manchen Parteien ein Teil direkt oder indirekt der zentralen Struktur zufließt. Im Vademekum des föderalen Parlaments werden diese Begriffsbestimmungen nicht kommentiert und der in Artikel 23 des Gesetzes vom 4. Juli 1989 (anwendbar für Parteien und Komponenten) festgelegte Umfang der Buchführung einer Partei nicht präzisiert; das GET stellt jedoch fest, dass das Vademekum in Bezug auf die Bestimmungen zu Spenden wohl präzisiert, dass "der Begriff politische Partei nicht nur Verbände, sondern auch Ortssektionen der Partei ungeachtet ihrer Rechtsform beinhaltet". Die zentralen Verantwortlichen der Parteien haben bestätigt, dass sie in einigen Fällen die Finanzierungen auf Ebene der Ortssektionen nicht kennen, auch wenn es sich um eine große Stadt handelt. Während der Gespräche wurde bestätigt, dass die Parteien, die zudem über einen großen Handlungsspielraum in Bezug auf die Organisation ihrer Strukturen verfügen, bestimmte Strukturen nicht systematisch eingliedern, beispielsweise humanitäre Einrichtungen. Das gilt oft auch für Jugend- und Frauenverbände. Die Frage bleibt offen, ob solche Strukturen gemäß dem Gesetz vom 4. Juli 1989 (das die Erfassung von Beiträgen Dritter zu Wahlkampagnen vorsieht) als Dritte anzusehen sind. Die Rechtsvorschriften wären kohärenter, wenn die vorher genannten Lücken geschlossen würden. Das GET empfiehlt folglich: i) das Gesetz vom 4. Juli 1989 und die anderen einschlägigen Gesetze zu novellieren, so dass auch Parteien einbezogen werden, die keine föderale öffentliche Finanzierung erhalten, und ii) Kriterien zur systematischen Erweiterung des Umfangs der Buchführung der Parteien und politischen Formationen mit verbundenen Strukturen, insbesondere der lokalen Sektionen der Parteien, einzuführen, damit die Kontrolle auch auf lokaler Ebene durchgeführt werden kann.

Transparenz

72. Politische Parteien, die eine öffentliche Unterstützung erhalten, sind prinzipiell zur Buchführung verpflichtet. Das anwendbare Buchführungsmodell war in Absprache mit dem Institut der Betriebsrevisoren Bestandteil eines Revisionsvorschlags des Rechnungshofs. Mithilfe dieses neuen Modells sollen die Aktivitäten der politischen Parteien und die verschiedenen Mittel besser berücksichtigt werden. Die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien hat vorgeschlagen, die Vorschriften zur Rechenkonsolidierung, die teilweise ziemlich variabel sind und nicht ausreichend parteiinterne

- Formatted ... [42]
- Deleted: ¶
- Formatted ... [43]
- Deleted: ¶
- Formatted ... [44]
- Formatted ... [45]
- Deleted: Une lecture stric ... [46]
- Formatted ... [47]
- Deleted: .
- Formatted ... [48]
- Deleted: Et ce même s'ils ... [49]
- Formatted ... [50]
- Deleted: Toutefois, si ces ... [51]
- Formatted ... [52]
- Deleted: Ils doivent égale ... [53]
- Formatted ... [54]
- Deleted: .
- Formatted ... [55]
- Deleted: Certains interloc ... [56]
- Formatted ... [57]
- Deleted: Si la définition d ... [58]
- Formatted ... [59]
- Deleted: i
- Formatted ... [60]
- Deleted: ne comprend pa ... [61]
- Formatted ... [62]
- Deleted: Le Vade-mecur ... [63]
- Formatted ... [64]
- Deleted: toutefois, l'E ... [65]
- Formatted ... [66]
- Deleted: Dans certains ca ... [67]
- Formatted ... [68]
- Deleted: Les entretiens o ... [69]
- Formatted ... [70]
- Deleted: Il en va souvent ... [71]
- Formatted ... [72]
- Deleted: La réglementati ... [73]
- Formatted ... [74]
- Deleted: L'E ... [75]
- Formatted ... [76]
- Deleted: juillet
- Formatted ... [77]
- Deleted: et les autres lot ... [78]
- Formatted ... [79]
- Deleted: introduire des ... [80]
- Formatted ... [81]
- Deleted: ¶
- Formatted ... [82]
- Formatted ... [83]
- Formatted ... [84]
- Formatted: Bullets and Numbering ... [85]
- Formatted ... [86]

Geldbewegungen und Geldbewegungen zwischen Parteien und Kandidaten dokumentieren, zu überarbeiten. Hierbei handelt es sich um positive Initiativen.

73. Die politischen Parteien müssen eine in Form einer VoG gegründete Einrichtung bestimmen, um die öffentliche Unterstützung auf föderaler Ebene zu erhalten. VoGs werden auch gegründet, um die finanziellen Unterstützungen, die von den Regionalparlamenten (mit Ausnahme von Brüssel-Hauptstadt) eingeräumt werden, zu erhalten. In der Praxis stellt sich oft heraus, dass die gesamte Verwaltung und Führung der politischen Parteien diversen VoGs übertragen wird, einschließlich der Verwaltung der Geldmittel, die von den Fraktionen erhalten werden, des unbeweglichen Vermögens, der Ausbildungstätigkeiten, der Beratungs- und Studententätigkeiten, ähnlicher Angelegenheiten auf Ebene der regionalen Verbände etc. Die Gespräche haben vor allem gezeigt, dass die politische Partei von ihren Verantwortlichen manchmal als ein rechtsunfähiges Gebilde betrachtet wird, das sich von seinen Verwaltungsvereinigungen unterscheidet, so dass sich das GET oft fragen musste, wer tatsächlich den Verpflichtungen der Rechtsvorschriften nachkommen muss (und wer die Verantwortung trägt und eventuell mit daraus resultierenden Sanktionen belegt werden muss). Während die Partei und ihre verschiedenen Komponenten Spenden bekommen, können nur die von der Partei bestimmten Finanzierungsvereinigungen die föderale Dotation (oder andere ähnliche Vereinigungen andere öffentliche Finanzierungsformen) erhalten, und sie sind es auch, die die allgemeine Buchführung der Partei und die Spenden- und Spenderliste führen müssen. Das GET ist der Ansicht, dass Klärungen in diesem Bereich unerlässlich sind. Es empfiehlt demzufolge, die jeweiligen Verantwortlichkeiten, die den Parteien und ihren Komponenten obliegen, in den föderalen Rechtsvorschriften zu verdeutlichen, indem darauf hingewirkt wird, dass die Geldströme so weit wie möglich über die Finanzierungsvereinigung der Partei laufen.

74. Das Lesen der Vorschriften in Bezug auf Spenden im Gesetz vom 4. Juli 1989 gestaltet sich teilweise schwierig. Möglicherweise sind einige Lücken theoretischer als real. Sie scheinen dennoch in wichtigen Bereichen zu bestehen und ihnen müsste entgegengewirkt werden. In erster Linie ist klar, dass alle Spenden über 125 EUR und die Identität der Spender registriert werden müssen (was die Finanzierung der Parteien und der Wahlkampagnen der Parteien und Kandidaten anbelangt). Doch es ist nicht vorgesehen, dass Spenden unter 125 EUR einzeln registriert werden und dass ein Beleg ausgestellt wird. Die Parteien haben somit die Möglichkeit illegale Spenden zu erwirken, die in anderer Form registriert werden (beispielsweise bei zahlungspflichtigen Veranstaltungen oder spontanen Sammlungen bei Veranstaltungen). Die systematische Zahlung mit modernen Zahlungsmitteln (Scheck, Bankkarte, Überweisung, Postanweisung) wird ebenfalls nicht gesetzlich gefordert; deshalb ist es möglich, dass Spenden wenig Spuren hinterlassen, die die Nachverfolgung der Finanztätigkeit bei eventuellen Kontrollen durch die Strafbehörden, die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien oder ihre regionalen Pendant vereinfachen würden. Schließlich hat der Gesetzgeber Spenden und Leistungen seitens juristischer Personen an politische Parteien und Kandidaten untersagt, um eine klare Grenze zwischen Politik und Wirtschaftssektor zu ziehen. Einige indirekte Formen der Unterstützung seitens juristischer Personen, beispielsweise im Bereich des Sponsorings, werden weder verboten noch kontrolliert, offensichtlich um einige Formen aktiver Unterstützung zu ermöglichen. Sponsoring scheint somit eine geduldete Unterstützungsform zu sein, die bis heute von der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien (und wahrscheinlich auch von anderen Kontrollkommissionen) nicht verboten wird. Dies steht jedoch im Widerspruch zu dem gesetzlichen Verbot von Spenden seitens juristischer Personen und bietet die Gelegenheit, dieses Verbot zu umgehen. Die Parteivertreter haben in den Gesprächen darauf hingewiesen, dass eine Bestimmung des Begriffs Spende oder der Gebrauch des Begriffs „Vorteil jeglicher Art“ auf jeden Fall zur Verdeutlichung des Gesetzes beitragen würde, auch was die verschiedenen Formen der Unterstützung seitens juristischer Personen betrifft. Das GET ist

Deleted: ¶	[87]
Deleted: Transparence¶ ¶ Les partis politiques qui reçoivent une aide publique sont en principe obligés de tenir une comptabilité. Le modèle de comptabilité applicable a fait l'objet d'une proposition de révision par la Cour des comptes, en consultation avec l'Institut des Réviseurs. Ce nouveau modèle vise à mieux prendre en compte l'activité des partis politiques et les différents types de ressources. La CCF a pour sa part proposé de revoir les règles de consolidation des comptes,	[87]
Formatted	[88]
Formatted	[89]
Formatted: Bullets and Numbering	[90]
Formatted	[91]
Deleted: Les partis politici	[92]
Formatted	[93]
Deleted: , il s'avère que b	[94]
Formatted	[95]
Deleted: la partie adminis	[96]
Formatted	[97]
Deleted: y compris pour	[98]
Formatted	[99]
Deleted: Surtout, les er	[100]
Formatted	[101]
Deleted: . Elle recom	[102]
Formatted	[103]
Deleted: mieux précisé	[104]
Formatted	[105]
Formatted	[106]
Formatted	[107]
Deleted: La réglementa	[108]
Formatted	[109]
Deleted: Un certain nom	[110]
Formatted	[111]
Deleted: En premier lieu	[112]
Formatted	[113]
Deleted: il n'est pas pré	[114]
Formatted	[115]
Deleted: Les partis ont	[116]
Formatted	[117]
Deleted: La loi n'exige p	[118]
Formatted	[119]
Deleted: les dons laisse	[120]
Formatted	[121]
Deleted: permettraient d	[122]
Formatted	[123]

der Meinung, dass in diesen verschiedenen Bereichen eine kohärente Vorgehensweise wünschenswert ist und empfiehlt deshalb: i) die obligatorische Registrierung von Spenden unter 125 EUR an Parteien und Kandidaten einzuführen; ii) die Nutzung moderner und sicherer Zahlungsmittel für die Überweisung der Spenden zu unterstützen, um ihre Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten; iii) den Begriff Spende zu präzisieren oder näher zu bestimmen, damit einerseits kostenlose Leistungen und Leistungen unterhalb des Marktwerts geregelt werden und andererseits eine Kohärenz zwischen dem Sponsoring und den bereits bestehenden Vorschriften in Bezug auf Spenden hergestellt wird; iv) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.

75. Die Kandidaten müssen sich zu einem festen Datum eintragen, das oft weit vor Beginn der Kampagnenzeit liegt²²; die belgischen Behörden haben darauf hingewiesen, dass diese Registrierung oft rückwirkend Auswirkungen auf die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben, die vor Einreichung der Kandidatur entstehen, hat und dass selbst Kandidaten, die nach Beginn der Kampagne entscheiden, sich doch nicht aufzustellen, den Vorschriften unterworfen bleiben. Überhaupt wird die Wahlkampagnenzeit manchmal als zu kurz empfunden. Da die Kampagnenzeit für die nationalen Parlamentswahlen normalerweise 3 Monate beträgt, werden oft vorzeitig Kampagnen geführt, die bereits 6 Monate vor den Wahlen beginnen; während der Gespräche wurde mehrmals bestätigt, dass die Finanztätigkeiten während dieses Zeitraums weitestgehend den Vorschriften entgegen. Dieses Problem sollte untersucht werden, auch wenn das GET darauf hingewiesen wurde, dass eine Verlängerung der Kampagnenzeit die Forderung nach Heraufsetzung der zulässigen Höchstgrenze entgegen der Zielsetzung der Rechtsvorschriften mit sich ziehen würde. Das GET empfiehlt folglich: j) die Möglichkeit einer Verlängerung der buchhalterischen und finanziellen Erfassung der Wahlkampagnen zu untersuchen, damit die Erklärungen die tatsächlich mit diesen Kampagnen verbundenen Mittel und Ausgaben besser widerspiegeln; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.

76. Die Gespräche haben gezeigt, dass die Vorschriften in Bezug auf die Aufbewahrung von Buchhaltungsbelegen (einschließlich der Namen der Spender) Verwirrung stiften. Gemäß den Gesetzen vom 4. Juli 1989 und vom 19. Mai 1994 (in Bezug auf die Wahlen der Regionalparlamente) besteht eine Aufbewahrungsfrist von 2 Jahren, die aber aufgrund des allgemeinen Buchführungsrechts, das auf Gliederungen der aus Vereinigungen, Stiftungen und anderen Strukturen bestehenden Parteien anwendbar ist, länger sein könnte. Für die infraregionalen Wahlen (Gesetz vom 7. Juli 1994) sind keine Verpflichtungen in Bezug auf die Aufbewahrung von Buchhaltungsbelegen vorgesehen, was diese Verwirrung ebenfalls erklären könnte. Fest steht, dass diese zweijährige Frist zu kurz ist, insbesondere wenn es darum geht, den für die Kontrolle der Parteienfinanzierung beauftragten Kommissionen zu ermöglichen, Strafverfahren (ob zur Korruptionsbekämpfung oder nicht) einzuleiten. Für die meisten Korruptionshandlungen (die gewöhnlich in die Kategorie Straftat fallen) besteht eine Verjährungsfrist von 5 Jahren. Das GET empfiehlt: j) die bestehende Aufbewahrungsfrist der Buchhaltungsbelege von 2 Jahren zu verlängern; ii) falls sie nicht besteht, eine solche Verpflichtung einzuführen (insbesondere auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene gemäß dem Gesetz vom 7. Juli 1994); iii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.

²² Bei den Europawahlen vom Juni 2009, handelt es sich um den 57. und 58. Tag vor der Wahl und bei den Wahlen der Regional- und Gemeinschaftsparlamente um den 28. und 29. Tag vor der Wahl.

Formatted	...	[124]
Formatted	...	[125]
Formatted: Bullets and Numbering	...	[126]
Formatted	...	[127]
Formatted	...	[128]
Deleted: Les candidats	...	[129]
Deleted:		
Formatted	...	[130]
Formatted	...	[131]
Deleted: les autorités de	...	[132]
Formatted	...	[133]
Deleted: Le fait qu'elle s	...	[134]
Formatted	...	[135]
Deleted: en principe, l'a	...	[136]
Formatted	...	[137]
Deleted: L'EEG recom	...	[138]
Formatted	...	[139]
Deleted: '		
Formatted	...	[140]
Deleted: examiner l'op	...	[141]
Formatted	...	[142]
Deleted:) d'inviter le c	...	[143]
Formatted	...	[144]
Deleted: ¶		
Formatted	...	[145]
Formatted: Bullets and Numbering	...	[146]
Formatted	...	[147]
Deleted: Les entretiens	...	[148]
Formatted	...	[149]
Deleted: En vertu de la	...	[150]
Formatted	...	[151]
Deleted: Il semble auss	...	[152]
Formatted	...	[153]
Deleted: Il est clair que	...	[154]
Formatted	...	[155]
Deleted: En effet, les dé	...	[156]
Formatted	...	[157]
Deleted: (qui font géné	...	[158]
Formatted	...	[159]
Deleted: L'EEG recommande		
Formatted	...	[160]
Deleted: d'allonger le d	...	[161]
Formatted	...	[162]
Deleted: introduire une	...	[163]
Formatted	...	[164]
Deleted: , districl et c	...	[165]
Formatted	...	[166]
Deleted: ¶		
Formatted	...	[167]
Deleted: Pour ce qui est	...	[168]
Formatted	...	[169]
Deleted: du 57 ^{ème} ou 58	...	[170]

77. Parteien sind zur jährlichen Veröffentlichung ihrer Rechnungen gesetzlich nicht verpflichtet. Die Veröffentlichung der konsolidierten Rechnungen, die nach der so genannten Vollkonsolidierungsmethode (die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten erscheinen nicht) zwischen den Gliederungen des Konsolidierungskreises einer politischen Partei aufgestellt werden, erfolgt im Wesentlichen jedes Jahr in einem von der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien erstellten parlamentarischen Dokument. Interessierte Personen, beispielsweise Universitätsexperten oder Journalisten, verfolgen aufmerksam diese Veröffentlichungen und finden beziehungsweise bekommen sie anscheinend ohne Mühe. Trotzdem ist das GET der Ansicht, dass die Rechnungen nicht ausreichend zugänglich sind nur über öffentliche Kommunikationsmittel wie die Webseiten des Parlaments. Die belgischen Behörden könnten in Absprache mit den politischen Parteien und Regionen Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zu den Finanzberichten über die Buchführung der politischen Parteien und ihrer Komponenten für die Öffentlichkeit zu verbessern. Gemäß den Vorschriften zum Schutz des Privatlebens ist die Veröffentlichung der Namen der Spender, außer im Rahmen der Kontrolle der Parteienfinanzierung, untersagt. Das GET erkennt zwar die Notwendigkeit der Wahrung des legitimen Rechts einer Person auf Unversehrtheit und auf Geheimhaltung ihrer politischen Zugehörigkeit, ist aber der Ansicht, dass ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Spender und denen der Öffentlichkeit, insbesondere der Wähler, die den Ursprung der finanziellen Unterstützung der Partei oder des Kandidaten, den sie wählen würden, kennen möchten, gefunden werden sollte. In Artikel 12 der Empfehlung Rec(2003)4 ist vorgesehen, dass bei Überschreiten einer festgelegten Spendengrenze die Identität des Spenders in die Buchführung eingehen müsste, damit dieses Gleichgewicht erreicht wird. Das GET empfiehlt: i) unter Achtung der verfassungsrechtlichen Prinzipien eine Verpflichtung der Parteien/Kandidaten zur Veröffentlichung von individuellen Spenden, deren Wert über einer bestimmten Grenze liegt, und der Identität des betreffenden Spenders einzuführen; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.

Kontrolle

78. Belgien hat ein Kontrollsystem auf vielen Ebenen geschaffen, was zweifelsohne dazu beigetragen hat, dass Parteien und Gewählte im Bereich Finanzen mehr Beherrschung und Wachsamkeit an den Tag legen. Das aktuelle System überträgt den parlamentarischen Kontrollkommissionen die entscheidende Rolle; Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien, was die Finanzierung der politischen Parteien und der Föderalwahlen betrifft, und die 4 regionalen Kontrollkommissionen, was die Finanzierung der Wahlkampagnen auf regionaler und infraregionaler Ebene betrifft (Gemeindeebene ausgenommen, denn wie vorher erwähnt sind auf dieser Ebene nur Wahlausgaben der Parteien Bestandteil der Kontrolle). Obwohl Belgien den Vorzug hat ein solches Kontrollsystem zu besitzen, ist die Situation aus mehreren Gründen nicht befriedigend.

79. Erstens kann von einem unabhängigen Kontrollsystem gemäß Artikel 14 der Empfehlung Rec(2003)4 beigefügten Regeln nicht die Rede sein. Die Zusammensetzung der Kommissionen räumt den politischen Parteien eine maßgebende/exklusive Rolle ein, so dass sie in der Praxis wenig Willen zeigen, wenn es darum geht gründliche Kontrollen durchzuführen oder Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Sanktion führen könnten, auch wenn der Rechnungshof mögliche Verstöße feststellt oder Einwände erhebt. Diese Tatsache wird durch andere Faktoren verstärkt: politische Bündnisse oder Bündnisse, die im Hinblick auf den Zugang zu politischer Finanzierung eingegangen werden, Abstimmungsregeln, die eine qualifizierte Mehrheit vorsehen. Seit 1989 gab es auf föderaler Ebene nur ein halbes Dutzend Akten, die die Rechnungen weniger einflussreicher Parteien betrafen; die Hälfte dieser Akten bezog sich auf die gleiche Partei und im Fall von einigen Akten, über die die Föderale Kommission für die Kontrolle der

Formatted: Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Formatted ... [171]

Deleted: En ce qui concerne la publication des comptes des partis, il n'existe pas d'obligation légale pour les partis politiques de publier ces comptes annuellement. La publication des comptes consolidés selon la méthode dite de l'intégration globale (qui ne fait pas apparaître les créances et dettes réciproques) entre entités comprises dans le périmètre comptable d'un parti politique a essentiellement lieu par le biais d'un document parlementaire que la CCF produit chaque année.

Formatted ... [172]

Deleted: Les personnes intéressées, comme les universitaires et journalistes, suivent ces publications de près et les obtiennent ou les trouvent apparemment sans difficulté.

Formatted: German (Germany)

Deleted: Ceci dit, l'EEG estime que dans l'ensemble, ils ne

Formatted ... [173]

Formatted ... [174]

Deleted: Les autorités t

Formatted ... [175]

Formatted ... [176]

Deleted: Par ailleurs, la

Formatted ... [177]

Formatted ... [178]

Deleted: Tout en reconr

Formatted ... [179]

Formatted ... [180]

Deleted: d' ...

Formatted ... [181]

Formatted ... [182]

Deleted: introduire, da

Formatted ... [183]

Formatted ... [184]

Deleted:

Formatted ... [185]

Deleted: ¶

Formatted ... [186]

Formatted: Font: Italic

Formatted ... [187]

Formatted ... [188]

Deleted: Contrôle¶

Formatted ... [189]

Formatted ... [190]

Deleted: ¶

Formatted ... [191]

Deleted: En premier lieu

Formatted ... [192]

Formatted ... [193]

Deleted: Cela est renfor

Formatted ... [194]

Formatted ... [195]

Deleted: Au niveau féd

Formatted ... [196]

Formatted ... [197]

Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien eine Entscheidung treffen musste, wurde die Entscheidung verhindert, weil eines der Mitglieder die Versammlung verlassen hat (Quorum wurde nicht erreicht) und die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien die Versammlung nicht auf einen späteren Termin vertagt hat. Das Ergebnis ist besonders unbefriedigend, was die Kontrolle der Kampagnenrechnungen der Parteien und Kandidaten nach Ablauf der Wahlen betrifft. Offensichtlich wurde keine einzige wirksame Maßnahme getroffen, auch nicht im Fall von wichtigen Verstößen (Nichthinterlegungen von Erklärungen, trotz Mahnschreiben blieben ohne Folge). Die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien scheint sich ausschließlich auf Vorfälle im Vorfeld zu stützen, beispielsweise auf das Nichteinreichen von Klagen anderer Kandidaten etc. Die Politisierung der Kontrollkommission wird durch die Einbeziehung des Rechnungshofs in das Kontrollverfahren (in der heutigen Situation) nicht ausgeglichen; Der Rechnungshof bleibt Nebenorgan des föderalen Parlaments, auch wenn er eigentlich unabhängig ist, und seine Mitglieder sind absetzbar. Und wenn er auch gezwungenermaßen von der Föderalen Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien oder der Flämischen Kommission zu Rate gezogen wird, so ist das nicht der Fall bei den anderen regionalen Kontrollkommissionen.

80. Zweitens hegt das GET starke Zweifel an der Fähigkeit des Systems, mehr als nur formelle Kontrollen der Rechnungen der Parteien und Wahlkampagnen durchzuführen. Die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien und die regionalen Kommissionen besitzen wenig persönliche Mittel, können sich nur begrenzt auf Gutachten der Sachverständigen stützen (Expertise ist weitestgehend Angelegenheit des Sekretariats, da die Mitglieder wechseln) und deshalb lagern sie den politischen Verantwortungsbereich ihrer Tätigkeit aus, indem sie sich fast ausschließlich auf Aussagen des Rechnungshofs verlassen. Der Rechnungshof ist der Meinung, dass seine Tätigkeit auch nur formell ist und dass er nur ganz offensichtliche Verstöße oder gewisse Anomalien beim Vergleich von Daten erkennt. Der Rechnungshof hat keinen Zugang zu den Rechnungsbelegen, was die Durchführung einer ausreichenden Kontrolle fast unmöglich macht; die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien besitzt zwar diese Möglichkeit, macht aber nur bei Beschwerden davon Gebrauch.

81. Das GET ist sich der aktuellen Anfälligkeit des Verfassungsgleichgewichts in Belgien bewusst. Während der Gespräche hat es sich verschiedentlich für die Machbarkeit und Zweckmäßigkeit der Einrichtung einer einzigen Kontrollkommission interessiert, die die Verantwortung für das gesamte Kontrollsystem tragen würde (eventuell mit Regionalabteilungen). Diese einzige Kontrollkommission würde im Vergleich zu der aktuellen Situation mehrere Vorteile mit sich bringen, da die föderale Kontrollkommission und die regionalen Kommissionen nicht eng zusammenarbeiten, beispielsweise im Bereich des Informationsaustausches (über den Austausch von guter Praxis oder Absprachen in Bezug auf die Interpretation der Texte hinaus). Schließlich würde sie ein besseres Verständnis der komplexen Strukturen und die Erfassung der parteiinternen Geldbewegungen und der Geldbewegungen zwischen Parteien und Kandidaten ermöglichen. Das GET wurde manchmal darauf hingewiesen, dass die Einrichtung einer solchen Kontrollkommission wahrscheinlich eher ein Problem des politischen Willens als eine Frage föderaler Zwänge ist.

82. Das GET stellt abschließend fest, dass das vorherrschende System verschiedene Unzulänglichkeiten aufweist; unabhängig vom Mangel an Mitteln der Kontrollkommissionen ist es per definitionem nicht in der Lage, ausreichende Schutzvorrichtungen einzurichten, um im Rahmen des Möglichen die Unabhängigkeit und den Ruf der Unabhängigkeit des Kontrollsystems gegenüber unpassenden Einflüssen von Außen zu gewährleisten, was sicherlich Auswirkungen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in das System der politischen Finanzierung

Formatted	... [198]
Deleted:	a moitié d'entre eux concernaient le même parti et dans certains dossiers pour lesquels la CCF a été amenée à prendre une décision, sa décision s'est parfois vue bloquée par le fait que l'un des membres avait quitté la réunion (absence de quorum), la CCF n'ayant pas reporté ... [199]
Formatted	... [200]
Deleted:	Le tableau est ... [201]
Formatted	... [202]
Deleted:	Il semble qu'au ... [203]
Formatted	... [204]
Deleted:	La CCF sembl(... [205]
Formatted	... [206]
Deleted:	L'implication de ... [207]
Formatted	... [208]
Deleted:	la Cour, même ... [209]
Formatted	... [210]
Deleted:	De plus, si elle ... [211]
Deleted:	¶
Formatted	... [212]
Formatted:	Bullets and Numbering ... [213]
Formatted	... [214]
Deleted:	¶
Formatted	... [215]
Formatted	... [216]
Deleted:	La CCF et les ... [217]
Formatted	... [218]
Deleted:	Toutefois, cett ... [219]
Formatted	... [220]
Deleted:	Surtout, la Cou ... [221]
Formatted	... [222]
Deleted:	¶
Formatted	... [223]
Formatted	... [224]
Formatted:	Bullets and Numbering ... [225]
Formatted	... [226]
Deleted:	L'EEG est bien ... [227]
Formatted	... [228]
Deleted:	Enfin, cela per ... [229]
Formatted	... [230]
Deleted:	a parfois été in ... [231]
Deleted:	¶
Formatted	... [232]
Formatted	... [233]
Formatted:	Bullets and Numbering ... [234]
Formatted	... [235]

haben wird. Daher und unter Berücksichtigung der vor Ort geführten Gespräche, die deutlich gezeigt haben, wie sehr das System glaubwürdiger gemacht werden muss, empfiehlt das GET; i) ein - eventuell einheitliches - System für die Kontrolle der Parteienfinanzierung und der Wahlkampagnen einzuführen, das so unabhängig wie möglich von den politischen Parteien ist und mit den für die Durchführung einer substantiellen und adäquaten Kontrolle notwendigen Mitteln ausgestattet ist; ii) die Regionen zur Berücksichtigung dieser Empfehlung aufzufordern, wenn sich die Einrichtung eines einheitlichen Kontrollsystems im institutionellen Rahmen des Landes als zu schwierig erweist.

83. Betriebsrevisoren müssen nur die Rechnungen der politischen Parteien überprüfen, die in den Jahresberichten veröffentlicht werden. Über die Berichte der Parteien über die Wahlausgaben wird kein Audit durchgeführt. Gleiches gilt für Berichte der einzelnen Kandidaten. Daneben hat das GET sich aber auch Fragen in Bezug auf den realen Mehrwert der Audits über die Rechnungen der politischen Parteien gestellt. Die Betriebsrevisoren konnten keine Auskunft geben über Unzulänglichkeiten oder typische Probleme, die sie in den Rechnungen der politischen Parteien und ihrer Komponenten finden, und über Umfang und Tiefgründigkeit ihres Audits in der Praxis. Und auch wenn spezifische Normen vom Institut der Betriebsrevisoren angenommen worden sind, sehen diese lediglich vor, dass die Revision so zu organisieren und durchzuführen ist, dass man sicher sein kann, dass die konsolidierten Rechnungen keine bedeutenden Fehler hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen und der für die Jahresberichte anwendbaren Vorschriften Belgiens enthalten. Trotz des komplexen belgischen Parteiensystems mit einer Vielzahl an Strukturen ist der Umfang der Revisionen also recht bescheiden. Die Gespräche vor Ort zeigten sehr deutlich, dass der Auditor vor allem ein Prüfer der Rechnungsaufstellung ist. Er achtet insbesondere darauf, dass Beträge in der richtigen Spalte und glaubwürdige Summen angegeben werden. Prüfungsberichte befinden sich im Anhang der Rechnungen der politischen Parteien und sind ziemlich allgemein gehalten. Das GET meint, dass Betriebsrevisoren eine größere Rolle bei der Kontrolle der Rechnungen der Parteien spielen könnten beziehungsweise müssten. Deshalb wäre es angebracht, Maßnahmen zur Gewährleistung einer größeren Distanz zwischen Revisoren und Parteien zu ergreifen, zurzeit scheinen noch keine spezifischen Regeln vorgesehen zu sein, die eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien gewährleisten würden (vernünftiges Rotationsprinzip, keine Teilnahme an Aktivitäten der Partei - insbesondere Aufteilung der Revisorentätigkeit in Buchführungsfunktion und Prüfungsfunktion). Folglich empfiehlt das GET; i) mit dem Institut der Betriebsrevisoren strengere Normen in Bezug auf die Prüfung der Rechnungen der politischen Parteien, einschließlich von Vorschriften, die die notwendige Unabhängigkeit der Revisoren sicherstellen, zu vereinbaren und ii) die Möglichkeit einer Ausweitung der Prüfungspflichten über die Jahresberichte der Parteien hinaus zu untersuchen, um insbesondere die Berichte der Parteien über die Wahlausgaben einzubinden.

84. Wie im spezifischen Teil des Berichts beschrieben, sind auf infraregionaler Ebene Rechtskollegien für die Wahlprüfung, einschließlich der Kontrolle von Verstößen gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 1994 (über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Distriktratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte) zuständig. Ihre Interventionsmöglichkeiten sind jedoch recht eingeschränkt: Es bedarf einer vorherigen Beschwerde einer Einzelperson und nur Kandidaten können Beschwerde einlegen. Die belgischen Behörden könnten Maßnahmen ergreifen, um die Intervention der Rechtskollegien zu vereinfachen (Ausweitung des Beschwerderechts).

85. Wie im spezifischen Teil beschrieben und während der Gespräche vor Ort bestätigt, können verschiedene Verwaltungsdienste eine Rolle bei der Kontrolle der Finanzierung des politischen Lebens spielen, insbesondere Steuerbehörden, da die VOGs der Parteien bestimmte Abgaben im Bereich der Steuern der juristischen Personen entrichten und die Steuerbehörden nicht nur

Deleted: Pour conclure, (... [236]
Formatted (... [237]
Deleted: Au vu de ce qu (... [238]
Formatted (... [239]
Deleted: de mettre en (... [240]
Formatted (... [241]
Deleted: inviter les rég (... [242]
Formatted (... [243]
Deleted: ¶
Formatted (... [244]
Formatted (... [245]
Deleted: Seuls les comp (... [246]
Formatted (... [247]
Deleted: Leurs rapports (... [248]
Deleted:
Formatted (... [249]
Formatted (... [250]
Deleted: Cela dit, l'EEG (... [251]
Formatted (... [252]
Deleted: , les représenta (... [253]
Formatted (... [254]
Deleted: La portée de la (... [255]
Formatted (... [256]
Deleted: Les entretiens (... [257]
Formatted (... [258]
Deleted: Les rapports d (... [259]
Formatted (... [260]
Deleted: L'EEG considé (... [261]
Formatted (... [262]
Deleted: Pour cela, il co (... [263]
Deleted:
Formatted (... [264]
Deleted: en
Formatted (... [265]
Formatted (... [266]
Deleted: particulier la di (... [267]
Formatted (... [268]
Deleted: L'EEG recomm (... [269]
Formatted (... [270]
Deleted: de convenir a (... [271]
Formatted (... [272]
Deleted: examiner l'op (... [273]
Formatted: Bullets and Numbering (... [274]
Deleted: ¶
Formatted (... [275]
Formatted (... [276]
Formatted: Bullets and Numbering (... [277]

allgemeine Steuerkontrollen bei Gewählten durchführen, sondern auch Kontrollen der für sie verpflichtenden Vermögenserklärungen. Die Steuerbehörden müssen die Gerichtsbehörden informieren, wenn sie einen strafrechtlichen Verstoß feststellen, wohingegen die Föderale Kommission für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Buchführung der politischen Parteien (oder die regionalen Kontrollkommissionen) von eventuellen Verstößen gegen die Vorschriften zur Finanzierung der Parteien und Wahlkampagnen nicht in Kenntnis gesetzt wird. Es wäre demzufolge angebracht, die für die Kontrolle der Finanzierung des politischen Lebens zuständigen Kommissionen über Feststellungen der Steuerbehörden zu unterrichten.

Formatted: German (Germany)

Formatted: German (Germany)

Formatted: Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

86. Die Vorschriften zur Vermögenserklärung und Veröffentlichung von Mandatslisten (die Bestandteil der Untersuchung GRECOs im Rahmen der zweiten Evaluierungsrunde waren, einschließlich der darauf folgenden Konformitätsberichte) scheinen zur Zeit nicht gerade als ein Beitrag zur Transparenz der Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen verstanden zu werden. Gerichte beziehen sich auf diese Vorschriften im Rahmen ihrer Untersuchungen von Korruptions-, Betrugs- und Veruntreuungsfällen und Magistrate können den Zugang zu Vermögenserklärungen erlauben. Laut den Polizeibeamten und Magistraten, die sich mit dem GET getroffen haben, sollen von ungefähr 9000 betroffenen Personen 650 keine Mandatsliste und 820 keine Vermögenserklärung hinterlegt haben. Wie im Anhang des Konformitätsberichts der zweiten Evaluierungsrunde von Ende Februar erwähnt, hat die Brüsseler Staatsanwaltschaft der Presse mitgeteilt, dass sie Inhaber politischer Mandate, die ihren Verpflichtungen im Bereich der Mandats- und Vermögenserklärungen nicht nachkommen, strafrechtlich verfolgen wird („De Tijd“, 28. Februar 2009). Zunächst wird es sich um die Strafverfolgung derjenigen handeln, die diese Erklärungen im Jahr 2005 nicht abgegeben haben. Die Zahl der potentiell betroffenen Personen ist noch nicht bekannt. Es liegen sehr unterschiedliche Verstöße vor, so dass jede Akte sehr sorgfältig untersucht werden muss, bevor über Folgemaßnahmen entschieden wird.

Formatted: German (Germany)

Sanktionen

87. Die Bestimmungen über Sanktionen sind ebenfalls nur schwierig zu lesen, da sie in den Texten zur Regelung der Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen verstreut sind. Aufgrund der auf föderaler und regionaler Ebene anwendbaren Vorschriften scheinen Verstöße im Großen und Ganzen mit Sanktionen belegt werden zu können. Das GET begrüßt es ebenfalls, dass parallel dazu die allgemeinen Bestimmungen des Strafrechts anwendbar sind.

Formatted: Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

88. Wie am Anfang der Analyse erwähnt, unterliegen Parteien, die keine öffentliche Finanzierung vom Staat erhalten, nicht den Kontrollen im Bereich der Buchführung und können bei Verstoß gegen Bestimmungen über Wahlausgaben nicht mit den im Gesetz vom 4. Juli 1989 festgelegten Sanktionen belegt werden. Der Verlust eines Teils der öffentlichen Finanzierung ist in diesem Fall irrelevant. Durch die am Anfang der Analyse empfohlene Erweiterung des gesetzlichen Anwendungsbereichs auf alle Parteien (siehe Paragraph 71) würde diese Lücke logischerweise geschlossen werden. Während der Gespräche wurde beklagt, dass eine Partei, die keine föderale Finanzierung erhält, auf Umwegen andere Formen direkter oder indirekter öffentlicher Unterstützung beziehen kann. Es wäre aus Gründen der Kohärenz angebracht, die Missstände dieser Situation zu beheben. Deshalb empfiehlt das GET: **i) den Verlust der gesamten Leistungen, die eine Partei im Land als öffentliche Unterstützung erhält, vorzusehen, wenn diese Partei ihren Verpflichtungen gemäß dem Gesetz vom 4. Juli 1989 (oder anderen einschlägigen Gesetzestexten) nicht nachkommt und sie normalerweise das Anrecht auf die föderale Finanzierung verliert; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.**

Formatted: Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

89. Viele Beobachter des politischen Lebens in Belgien bemängeln, dass das anwendbare Kontrollsystem nicht immer abschreckend und verhältnismäßig genug ist. Insbesondere bei schwerwiegenden Verstößen ist die vorgesehene Sanktion, und zwar die Entziehung der staatlichen Finanzierung für einen Zeitraum von 4 Monaten, als zu gering anzusehen, vor allem wenn die Partei noch andere direkte oder indirekte öffentliche Unterstützungen bezieht (das GET hat sich mit Vertretern einer Partei getroffen, die kein Sekretariat besitzt und zu diesem Zweck das Personal und die Mittel nutzt, die Fraktionen bereitgestellt werden). Andererseits werden heutzutage Sanktionen gegen manche Kandidaten als zu streng empfunden (insbesondere für Kandidaten, die an lokalen Wahlen teilnehmen und nur mit der Entziehung ihres Mandats bestraft werden können), während Gewählten auf föderaler Ebene der Verlust ihres Mandats nicht auferlegt werden kann. Universitätsexperten haben empfohlen, unter anderem die Nichtwählbarkeit und die Möglichkeit Wahlen für ungültig zu erklären einzuführen. Die Gerichtsbehörden haben das GET darauf hingewiesen, dass in der Praxis von den anwendbaren Strafsanktionen für natürliche Personen selten oder gar nicht Gebrauch gemacht wird (ob von den Kontrollkommissionen oder im Rahmen anderer Verwaltungs- oder Strafmechanismen eingeleitet), da Strafverfolgungsbehörden nicht geneigt sind, Strafmaßnahmen einzuleiten, die nur kleinere Sanktionen nach sich ziehen. Es wurde ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, dass Wiederholungsfälle nicht besonderen Sanktionsmaßnahmen unterliegen. Parteivertreter haben unter Anführung von Beispielen den Klärungsbedarf in Bezug auf die Zuständigkeiten der Organe, die Sanktionen verhängen, angesprochen. Das GET ist der Meinung, dass die vorher erwähnten Vorschläge unterstützt werden müssten und empfiehlt deshalb: **i) die Zuständigkeitsbereiche der Behörden, die bei Verstoß gegen die Vorschriften über die politische Finanzierung zur Verhängung von anwendbaren Strafen berufen sind, zu klären; ii) einen abschreckenderen und verhältnismäßigeren Sanktionskatalog für diverse Verstöße seitens Parteien und Kandidaten (beispielsweise durch verallgemeinerte Einführung der Nichtwählbarkeit, Diversifizierung der Strafen, Erhöhung des Strafmaßes und Festlegung von Vorschriften in Bezug auf Rückfälligkeit) vorzusehen; iii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen.**

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

Formatted: Font color: Green, German (Germany)

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Bullets and Numbering

V. SCHLUSSFOLGERUNGEN

90. Die Rechtsvorschriften zur Finanzierung des politischen Lebens, die seit 1989 in Belgien bestehen und mit einer bedeutenden öffentlichen Finanzierung der politischen Parteien einhergehen, scheinen zur Disziplinierung der politischen Parteien beigetragen zu haben, denn heute kennt das Land im Vergleich zur Vergangenheit keine großen Affären in Politik und Finanz mehr. Das zur Kontrolle der politischen Finanzierung eingesetzte System entspricht in gewissem Maße den Erwartungen, die aus den zutreffenden Bestimmungen der an die Mitgliedsstaaten adressierten Empfehlung Rec (2003)4 des Ministerausschusses über die gemeinsamen Vorschriften gegen Korruption in der Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen hervorgehen. Im Bereich Transparenz und Spendenregelung sind noch Verbesserungen in Bezug auf eine umfangreiche Berücksichtigung der Aktivität und vor allem der Strukturen der politischen Parteien möglich. Leider konnten sich die parlamentarischen Kontrollkommissionen und die Kommissionen der regionalen Teilgebiete nicht behaupten und sind aufgrund ihrer politischen Zusammensetzung in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Deshalb stellt GRECO das von Belgien in diesem Bereich angenommene System in Frage und unterstützt die Einführung eines unabhängigen Systems zur Kontrolle der Finanzierung der politischen Parteien und Wahlkampagnen, wie in der Empfehlung von 2003 befürwortet. Es besteht eine breite Palette von Sanktionen, die die Einhaltung der Vorschriften gewährleisten. Über die Effizienz dieser Sanktionen hinaus, die zwangsläufig unter dem schwachen Kontrollsystem leidet, stellt die Unangemessenheit und die nicht abschreckende Wirkung der Sanktionen in manchen Fällen ein

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Problem. Es sollte folglich eine Neufestsetzung des Sanktionskatalogs erfolgen, die im Rahmen einer allgemeinen Revision stattfinden könnte.

91. In Anbetracht der obigen Ausführungen gibt GRECO Belgien folgende Empfehlungen:

i. Beratungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer Revision der gesamten belgischen Vorschriften im Bereich der Parteien- und Wahlkampagnenfinanzierung durchzuführen, um diese zu vereinheitlichen, zu präzisieren und zusammenhängender und effizienter zu gestalten (Nr. 70);

ii. i) das Gesetz vom 4. Juli 1989 und die anderen einschlägigen Gesetze zu novellieren, so dass auch Parteien einbezogen werden, die keine föderale öffentliche Finanzierung erhalten, und ii) Kriterien zur systematischen Erweiterung des Umfangs der Buchführung der Parteien und politischen Formationen mit verbundenen Strukturen, insbesondere der lokalen Sektionen der Parteien, einzuführen, damit die Kontrolle auch auf lokaler Ebene durchgeführt werden kann (Nr. 71);

iii. die jeweiligen Verantwortlichkeiten, die den Parteien und ihren Komponenten obliegen, in den föderalen Rechtsvorschriften zu verdeutlichen, indem darauf hingewirkt wird, dass die Geldströme so weit wie möglich über die Finanzierungsvereinigung der Partei laufen (Nr. 73);

iv. i) die obligatorische Registrierung von Spenden unter 125 EUR an Parteien und Kandidaten einzuführen; ii) die Nutzung moderner und sicherer Zahlungsmittel für die Überweisung der Spenden zu unterstützen, um ihre Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten; iii) den Begriff Spende zu präzisieren oder näher zu bestimmen, damit einerseits kostenlose Leistungen und Leistungen unterhalb des Marktwerts geregelt werden und andererseits eine Kohärenz zwischen dem Sponsoring und den bereits bestehenden Vorschriften in Bezug auf Spenden hergestellt wird; iv) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 74);

v. i) die Möglichkeit einer Verlängerung der buchhalterischen und finanziellen Erfassung der Wahlkampagnen zu untersuchen, damit die Erklärungen die tatsächlich mit diesen Kampagnen verbundenen Mittel und Ausgaben besser widerspiegeln; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 75);

vi. i) die bestehende Aufbewahrungsfrist der Buchhaltungsbelege von 2 Jahren zu verlängern; ii) falls sie nicht besteht, eine solche Verpflichtung einzuführen (insbesondere auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene gemäß dem Gesetz vom 7. Juli 1994); iii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 76);

vii. i) unter Achtung der verfassungsrechtlichen Prinzipien eine Verpflichtung der Parteien/Kandidaten zur Veröffentlichung von individuellen Spenden, deren Wert über einer bestimmten Grenze liegt, und der Identität des betreffenden Spenders einzuführen; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 77);

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: Font color: Black, German (Germany)

Formatted: German (Germany)

Formatted: German (Germany)

Formatted: German (Germany)

- viii. i) ein -eventuell einheitliches- System für die Kontrolle der Parteienfinanzierung und der Wahlkampagnen einzuführen, das so unabhängig wie möglich von den politischen Parteien ist und mit den für die Durchführung einer substantiellen und adäquaten Kontrolle notwendigen Mittel ausgestattet ist; ii) die Regionen zur Berücksichtigung dieser Empfehlung aufzufordern, wenn sich die Einrichtung eines einheitlichen Kontrollsystems im institutionellen Rahmen des Landes als zu schwierig erweist (Nr. 82);
- ix. i) mit dem Institut der Betriebsrevisoren strengere Normen in Bezug auf die Prüfung der Rechnungen der politischen Parteien, einschließlich von Vorschriften, die die notwendige Unabhängigkeit der Revisoren sicherstellen, zu vereinbaren und ii) die Möglichkeit einer Ausweitung der Prüfungspflichten über die Jahresberichte der Parteien hinaus zu untersuchen, um insbesondere die Berichte der Parteien über die Wahlausgaben einzubinden (Nr. 83);
- x. i) den Verlust der gesamten Leistungen, die eine Partei im Land als öffentliche Unterstützung erhält, vorzusehen, wenn diese Partei ihren Verpflichtungen gemäß dem Gesetz vom 4. Juli 1989 (oder anderen zutreffenden Gesetzestexten) nicht nachkommt und sie normalerweise das Anrecht auf die föderale Finanzierung verliert; ii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 88);
- xi. i) die Zuständigkeitsbereiche der Behörden, die bei Verstoß gegen die Vorschriften über die politische Finanzierung zur Verhängung von anwendbaren Strafen berufen sind, zu klären; ii) einen abschreckenderen und verhältnismäßigeren Sanktionskatalog für diverse Verstöße seitens Parteien und Kandidaten (beispielsweise durch verallgemeinerte Einführung der Nichtwählbarkeit, Diversifizierung der Strafen, Erhöhung des Strafmaßes und Festlegung von Vorschriften in Bezug auf Rückfälligkeit) vorzusehen; iii) die Regionen gegebenenfalls dazu aufzufordern, ihre eigenen Vorschriften im Sinne dieser Empfehlung anzupassen (Nr. 89).
92. GRECO fordert die belgischen Behörden gemäß Artikel 30.2 der Geschäftsordnung zur Hinterlegung eines Berichts über die Anwendung der oben genannten Empfehlungen bis zum 30. November 2010 auf.
93. Des Weiteren fordert GRECO Belgien auf, die Veröffentlichung dieses Berichts in bestmöglicher Frist zu erlauben, den Bericht in die anderen offiziellen Landessprachen zu übersetzen und diese Übersetzungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Formatted: German (Germany)

Formatted: Font: Bold, German (Germany)

Formatted: German (Germany)

Formatted: German (Germany)

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

Formatted: Bullets and Numbering

Formatted: German (Germany)

Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:41:00 PM
S		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:41:00 PM
politischen Lebens		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:14:00 PM
den		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:14:00 PM
Verträgen und öffentlichen Märkten		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:15:00 PM
die		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:15:00 PM
der		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:16:00 PM
zugänglich gemacht		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:16:00 PM
politischen		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:16:00 PM
und finanziellen Affären		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:18:00 PM
r		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:18:00 PM
abgeben		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:19:00 PM
eine leichte		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:19:00 PM
,		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:19:00 PM
weil ein öffentliches/privates Finanzierungssystem eingeführt und die Finanzierung durch juristische Personen abgeschafft wurde.		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:56:00 PM
ollen		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:56:00 PM
sein		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:21:00 PM
Teilgebieten		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:21:00 PM
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:21:00 PM
reitstellung von		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:49:00 PM
regeln		
Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:22:00 PM

-

ist	Page 20: [1] Deleted	RB	8/12/2009 9:27:00 AM
die Teilgebiete	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:22:00 PM
genießen	Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 2:49:00 PM
,	Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 3:07:00 PM
d	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:27:00 PM
,	Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 3:07:00 PM
am	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:27:00 PM
je nach Bedarf	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:27:00 PM
arbeit	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:28:00 PM
wo	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:28:00 PM
bei	Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 3:14:00 PM
von der Kontrolle der Finanzierung des politischen Lebens	Page 20: [1] Deleted	RB	8/11/2009 3:14:00 PM
Arbeitsinspektionen oder	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:28:00 PM
durch	Page 20: [1] Deleted	RB	8/13/2009 4:28:00 PM
eien	Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:15:00 PM
oder fast alle	Page 20: [2] Deleted	RB	8/12/2009 9:27:00 AM
erhalten	Page 20: [2] Deleted	RB	8/12/2009 9:27:00 AM
offenbar	Page 20: [2] Deleted	RB	8/13/2009 4:29:00 PM
diese	Page 20: [2] Deleted	RB	8/12/2009 9:27:00 AM
Das	Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:18:00 PM
	Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:24:00 PM

Zersplitterung der

Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:24:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

n

Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:33:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

ist

Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:34:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

der

Page 20: [2] Deleted	RB	8/13/2009 4:29:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

und

Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:34:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

erklärt

Page 20: [2] Deleted	RB	8/11/2009 3:38:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

. Cela pourrait être une des raisons avec la fragmentation du paysage politique belge qui expliquent notamment les alliances et listes communes entre partis, qui visent à obtenir ou conserver des sièges

Page 20: [3] Deleted	RB	8/11/2009 3:49:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

ist e

Page 20: [3] Deleted	RB	8/11/2009 5:08:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

ine

Page 20: [3] Deleted	RB	8/11/2009 3:50:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

für die Partei

Page 20: [3] Deleted	RB	8/11/2009 5:07:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

bringt

Page 20: [4] Deleted	RB	8/11/2009 3:49:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

die Parteien

Page 20: [4] Deleted	RB	8/11/2009 5:07:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

dazu anzupassen

Page 20: [4] Deleted	RB	8/11/2009 5:07:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

ZU

Page 20: [5] Deleted	RB	8/13/2009 4:30:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

reinstellen

Page 20: [5] Deleted	RB	8/13/2009 4:31:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

beziehen

Page 20: [6] Deleted	RB	8/13/2009 4:31:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

die

Page 20: [6] Deleted	RB	8/13/2009 4:31:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

vom

Page 20: [6] Deleted	RB	8/13/2009 4:31:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

die

Page 20: [6] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

müssen ihn

Page 20: [6] Deleted	RB	8/14/2009 5:38:00 PM
-----------------------------	-----------	-----------------------------

e

Page 20: [6] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
n		
Page 21: [7] Deleted	RB	8/11/2009 3:57:00 PM
ie		
Page 21: [7] Deleted	RB	8/13/2009 4:30:00 PM
in Hinblick auf die		
Page 21: [7] Deleted	RB	8/13/2009 4:30:00 PM
i		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
Verband		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
n		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
n		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:32:00 PM
n		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/11/2009 4:05:00 PM
führen		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/11/2009 4:05:00 PM
Page 21: [8] Deleted	RB	8/11/2009 4:05:00 PM
herbei		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:33:00 PM
des		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/12/2009 9:33:00 AM
rechtlichen Rahmens		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/11/2009 9:01:00 AM
und		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:33:00 PM
aufgefordert werden,		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:36:00 PM
f		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:37:00 PM
dem Dokument		
Page 21: [8] Deleted	RB	8/13/2009 4:37:00 PM
„		
Page 21: [9] Formatted	RB	8/11/2009 9:48:00 AM
German (Germany)		
Page 21: [9] Formatted	RB	8/11/2009 10:03:00 AM
German (Germany)		

German (Germany)

Page 21: [16] Formatted RB 8/11/2009 10:16:00 AM

German (Germany)

Page 21: [16] Formatted RB 8/11/2009 10:16:00 AM

German (Germany)

Page 21: [17] Deleted RB 8/11/2009 10:15:00 AM

Le dispositif législatif a été critiqué sur divers point spécifiques comme par exemple la complexité du régime de limitation des dépenses électorales et le fait que certains candidats peuvent dépenser nettement plus que les autres (ce qui inciterait ces derniers à tricher)

Page 21: [17] Deleted RB 8/13/2009 4:47:00 PM

,

Page 21: [18] Formatted RB 8/11/2009 10:16:00 AM

German (Germany)

Page 21: [18] Formatted RB 8/11/2009 10:16:00 AM

German (Germany)

Page 21: [19] Deleted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

la cohérence des règles en matière de dons et de sanctions

Page 21: [19] Deleted RB 8/13/2009 4:47:00 PM

,

Page 21: [20] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [21] Deleted RB 8/11/2009 10:40:00 AM

les incertitudes pesant sur les aides publiques au niveau régional et infra-régional, les implications du cumul des mandats (

Page 21: [22] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [23] Deleted RB 8/11/2009 10:56:00 AM

et la question de la prise en compte de l'éventuelle utilisation par un candidat des services ou des moyens de la collectivité dont il est également l'élu),

Page 21: [24] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [24] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [25] Deleted RB 8/11/2009 10:59:00 AM

les aides de personnes morales

Page 21: [26] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [27] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [28] Deleted RB 8/11/2009 11:00:00 AM

la transparence de la comptabilité des partis organisés en cartel.

Page 21: [29] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [29] Formatted RB 8/11/2009 10:17:00 AM

German (Germany)

Page 21: [29] Formatted RB 8/11/2009 11:13:00 AM

German (Germany)

Page 21: [29] Formatted RB 8/11/2009 11:13:00 AM

German (Germany)

Page 21: [30] Deleted RB 8/11/2009 11:12:00 AM

Des divergences d'interprétation importantes sont apparues, par exemple sur la réalité des flux financiers (entre partis et candidats et entre composantes des partis), sur les compétences et rôle réels des commissions de contrôle régionales ou des Tribunaux de première instance et Bureaux électoraux (en matière de contrôle des campagnes), sur les règles en matière de conservation de documents

Page 21: [31] Formatted RB 8/11/2009 11:13:00 AM

German (Germany)

Page 21: [31] Formatted RB 8/11/2009 11:33:00 AM

German (Germany)

Page 21: [31] Formatted RB 8/11/2009 11:33:00 AM

German (Germany)

Page 21: [32] Deleted RB 8/11/2009 11:14:00 AM

. Par ailleurs, les diverses insuffisances identifiées dans le présent rapport, notamment en matière de contrôle et d'efficacité des sanctions, appellent une réflexion globale et des consultations étendues

Page 21: [32] Deleted RB 8/13/2009 4:57:00 PM

.

Page 21: [33] Formatted RB 8/11/2009 11:33:00 AM

German (Germany)

Page 21: [34] Deleted RB 8/11/2009 11:43:00 AM

Enfin, la législation de 1989 a aujourd'hui 20 ans et même si elle a été amendée ou complétée depuis, notamment en 1994, il semble opportun de procéder à un bilan et à un éventuel toilettage législatif, ce qui permettrait par la même occasion de mieux prendre en compte les divers principes posés par la Recommandation (2003)⁴, comme par exemple les financements provenant de l'étranger qui ne font actuellement l'objet d'aucune disposition spécifique

Page 21: [35] Formatted RB 8/11/2009 11:33:00 AM

German (Germany)

Page 21: [35] Formatted RB 8/11/2009 11:44:00 AM

German (Germany)

Page 21: [35] Formatted RB 8/11/2009 11:44:00 AM

German (Germany)

Page 21: [35] Formatted RB 8/11/2009 11:44:00 AM

German (Germany)

Page 21: [36] Deleted RB 8/11/2009 12:05:00 PM

- . L'EEG recommande d'engager des consultations sur la nécessité d'une révision d'ensemble de la réglementation belge en matière de financement des partis et des campagnes électorales, en vue de la rendre plus uniforme, plus cohérente, plus précise et plus efficace.

Page 21: [37] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
Font: Bold, German (Germany)		
Page 21: [37] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [37] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
Font: Bold, German (Germany)		
Page 21: [37] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
Font: Bold		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:35:00 PM
Font: Arial Narrow, 10 pt, Not Bold, German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:35:00 PM
Font: Arial Narrow, 10 pt, Not Bold		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [38] Formatted	RB	8/11/2009 12:31:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [39] Deleted	RB	8/11/2009 12:32:00 PM
Cette complexité se retrouve dans les difficultés pour l'EEG mais aussi les interlocuteurs belges rencontrés sur place pour avoir/donner une vue d'ensemble des spécificités dans les diverses législations et compétences des institutions concernées en Belgique.		
Page 21: [40] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [40] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
German (Germany)		
Page 21: [41] Deleted	RB	8/11/2009 12:37:00 PM
note en bas de page n° 6 (paragraphe		
Page 22: [42] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM

Font: Bold

Page 22: [42] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

Font: Bold

Page 22: [42] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

Font: Bold

Page 22: [43] Formatted	RB	8/11/2009 12:38:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

Font: Bold, German (Germany)

Page 22: [44] Formatted	RB	8/11/2009 12:06:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 22: [45] Formatted	RB	8/12/2009 11:49:00 AM
--------------------------------	-----------	------------------------------

Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 22: [46] Deleted	RB	8/11/2009 4:17:00 PM
------------------------------	-----------	-----------------------------

Une lecture stricte de la loi fédérale du 4 juillet 1989 voudrait qu'à contrario, les partis (et leurs composantes) qui ne bénéficient pas de l'aide publique (fédérale) prévue à l'article 15 ne sont pas soumis aux diverses exigences de la loi en matière de comptabilité

Page 22: [47] Formatted	RB	8/11/2009 12:21:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 22: [48] Formatted	RB	8/11/2009 12:21:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 22: [48] Formatted	RB	8/11/2009 4:37:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [48] Formatted	RB	8/11/2009 4:37:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [48] Formatted	RB	8/11/2009 4:37:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [48] Formatted	RB	8/11/2009 4:37:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [49] Deleted	RB	8/11/2009 4:37:00 PM
------------------------------	-----------	-----------------------------

Et ce même s'ils reçoivent d'autres formes de soutien privé ou public et participent activement à la vie politique.

Page 22: [50] Formatted	RB	8/11/2009 4:40:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [50] Formatted	RB	8/11/2009 4:40:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [50] Formatted	RB	8/11/2009 4:40:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [50] Formatted	RB	8/11/2009 4:40:00 PM
--------------------------------	-----------	-----------------------------

German (Germany)

Page 22: [51] Deleted	RB	8/11/2009 4:41:00 PM
------------------------------	-----------	-----------------------------

Toutefois, si ces partis participent aux élections, ils sont obligés de respecter entre autres le plafond en matière de dépenses électorales et l'interdiction d'utiliser certaines méthodes de campagne

Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:40:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:51:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:51:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:51:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:51:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [52] Formatted	RB	8/11/2009 4:51:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [53] Deleted	RB	8/11/2009 4:41:00 PM
Ils doivent également déposer leur déclaration de dépenses électorales et d'origine des fonds. Mais si ce parti n'obtient aucun siège au Parlement fédéral et ne bénéficie dès lors pas de la dotation fédérale, il ne pourra être sanctionné par la commission de contrôle en cas de dépassement du plafond de dépenses électorales		
Page 22: [54] Formatted	RB	8/11/2009 5:03:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/11/2009 5:03:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/11/2009 5:03:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/11/2009 5:03:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [55] Formatted	RB	8/12/2009 10:04:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [56] Deleted	RB	8/11/2009 5:03:00 PM

Certains interlocuteurs de l'EEG ont confirmé cette lecture de la loi et souligné qu'il s'agissait là de lacunes importantes. Par ailleurs, la réglementation fédérale et des régions contient une définition du parti et une définition des composantes de celui-ci (par exemple à l'article 1^{er} de la loi du 4 juillet 1989).

Page 22: [57] Formatted	RB	8/12/2009 10:11:00 AM
German (Germany)		

Page 22: [57] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [57] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [58] Deleted	RB	8/12/2009 10:11:00 AM
Si la définition du parti est relativement étendue, les partis s'en tiennent la plupart du temps à une lecture minimaliste de la liste des composantes. Celle-c		

Page 22: [59] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
German (Germany)		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
Font color: Auto		

Page 22: [60] Formatted	RB	8/12/2009 12:19:00 PM
--------------------------------	-----------	------------------------------

Font color: Auto

Page 22: [60] Formatted RB 8/12/2009 12:19:00 PM

Font color: Auto

Page 22: [60] Formatted RB 8/12/2009 12:19:00 PM

Font color: Auto

Page 22: [60] Formatted RB 8/12/2009 12:19:00 PM

Font color: Auto

Page 22: [61] Deleted RB 8/12/2009 10:27:00 AM

ne comprend pas les sections locales, alors que ces dernières peuvent être importantes dans les grandes villes et qu'elles participent aux élections locales, financent des campagnes individuelles de candidats et collectent des fonds dont une portion est reversée directement ou indirectement, chez certains partis, à la structure centrale.

Page 22: [62] Formatted RB 8/12/2009 12:19:00 PM

German (Germany)

Page 22: [63] Deleted RB 8/12/2009 10:21:00 AM

Le *Vade-mecum* du parlement fédéral s'abstient de commenter ces définitions ou de préciser le périmètre comptable des partis de l'article 23 de la loi du 4 juillet 1989, qui s'applique à la fois au parti et à ses composantes ;

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:48:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

Font: Italic, German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [64] Formatted RB 8/12/2009 10:50:00 AM

German (Germany)

Page 22: [65] Deleted RB 8/12/2009 10:57:00 AM

toutefois, l'EEG relève qu'à l'occasion des dispositions sur les dons, il précise bien que « la notion de parti politique couvre donc non seulement les fédérations mais également les sections locales sur lesquelles la structure du parti repose, quelle que soit leur forme juridique ».

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 10:57:00 AM

German (Germany)

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

German (Germany)

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

German (Germany)

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

German (Germany)

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

German (Germany)

Page 22: [66] Formatted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

German (Germany)

Page 22: [67] Deleted RB 8/12/2009 11:05:00 AM

Dans certains cas, des responsables centraux de partis ont affirmé tout ignorer des finances au niveau des sections locales, même lorsqu'il s'agit d'une grande ville.

Page 22: [68] Formatted RB 8/12/2009 11:11:00 AM

German (Germany)

Page 22: [68] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [68] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [68] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [69] Deleted RB 8/12/2009 11:16:00 AM

Les entretiens ont confirmé que les partis, qui disposent par ailleurs d'une large latitude dans l'organisation des structures, n'intègrent pas non plus systématiquement certaines structures comme par exemple les organismes à vocation humanitaire.

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted RB 8/12/2009 11:22:00 AM

German (Germany)

Page 22: [70] Formatted	RB	8/12/2009 11:22:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [71] Deleted	RB	8/12/2009 11:23:00 AM
Il en va souvent de même pour des structures comme les associations des jeunes ou les associations des femmes mais en même temps, la question reste ouverte de savoir si ces structures doivent être considérées comme des tierces parties au sens de la loi du 4 juillet 1989 (qui prévoit une prise en compte de leur contribution aux campagnes électorales).		
Page 22: [72] Formatted	RB	8/12/2009 11:26:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [72] Formatted	RB	8/12/2009 11:26:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [72] Formatted	RB	8/12/2009 11:38:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [72] Formatted	RB	8/12/2009 11:38:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [73] Deleted	RB	8/12/2009 11:26:00 AM
La réglementation gagnerait grandement en cohérence si elle évitait les lacunes évoquées ci-dessus.		
Page 22: [74] Formatted	RB	8/12/2009 11:38:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [74] Formatted	RB	8/12/2009 11:38:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [75] Deleted	RB	8/12/2009 11:27:00 AM
L'EEG recommande en conséquence de		
Page 22: [75] Deleted	RB	8/12/2009 11:28:00 AM
amender la		
Page 22: [75] Deleted	RB	8/12/2009 11:28:00 AM
loi du		
Page 22: [76] Formatted	RB	8/12/2009 5:02:00 PM
Font: Bold		
Page 22: [76] Formatted	RB	8/12/2009 5:02:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [77] Formatted	RB	8/12/2009 5:02:00 PM
German (Germany)		
Page 22: [77] Formatted	RB	8/12/2009 11:40:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [77] Formatted	RB	8/12/2009 11:40:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [77] Formatted	RB	8/12/2009 11:40:00 AM
German (Germany)		
Page 22: [77] Formatted	RB	8/12/2009 11:40:00 AM
German (Germany)		

German (Germany)

Page 22: [77] Formatted RB 8/12/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 22: [78] Deleted RB 8/12/2009 11:38:00 AM

et les autres lois pertinentes pour que soient pris en compte les partis lorsqu'ils ne bénéficient pas de financement public fédéral ainsi que

Page 22: [79] Formatted RB 8/12/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 22: [80] Deleted RB 8/12/2009 11:38:00 AM

introduire des critères permettant d'étendre plus systématiquement le périmètre comptable des partis et formations politiques aux structures liées, notamment les sections locales du parti, afin que le contrôle s'exerce aussi sur le niveau local.

Page 22: [81] Formatted RB 8/12/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 22: [81] Formatted RB 8/12/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 22: [82] Formatted RB 8/12/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 22: [83] Formatted RB 8/12/2009 12:13:00 PM

German (Germany)

Page 22: [84] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 22: [85] Change speckbacher 5/11/2009 7:29:00 PM

Formatted Bullets and Numbering

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

Font: Not Italic

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

German (Germany)

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

German (Germany)

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

German (Germany)

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

German (Germany)

Page 22: [86] Formatted RB 8/12/2009 11:51:00 AM

German (Germany)

Page 23: [87] Deleted RB 8/12/2009 11:44:00 AM

Transparence

Les partis politiques qui reçoivent une aide publique sont en principe obligés de tenir une comptabilité. Le modèle de comptabilité applicable a fait l'objet d'une proposition de révision par la Cour des comptes, en consultation avec l'Institut des Réviseurs. Ce nouveau modèle vise à mieux prendre en compte l'activité des partis politiques et les différents types de

ressources. La CCF a pour sa part proposé de revoir les règles de consolidation des comptes, qui sont parfois assez variables et ne font pas assez apparaître les mouvements de fonds au sein des partis ni entre les partis et les candidats. Il s'agit là d'initiatives positives.

Page 23: [88] Formatted	RB	8/12/2009 11:51:00 AM
Font: Not Italic, German (Germany)		
Page 23: [88] Formatted	RB	8/12/2009 11:51:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [89] Formatted	RB	8/12/2009 11:50:00 AM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm		
Page 23: [90] Change	RB	7/28/2009 2:37:00 PM
Formatted Bullets and Numbering		
Page 23: [91] Formatted	RB	8/12/2009 11:51:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [91] Formatted	RB	8/12/2009 2:19:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [91] Formatted	RB	8/12/2009 2:19:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [92] Deleted	RB	8/12/2009 12:28:00 PM
Les partis politiques sont tenus de constituer une association sans but lucratif (ASBL) pour percevoir les aides publiques au niveau fédéral. Des aides financières étant également allouées par les parlements des régions (à l'exception de Bruxelles-capitale), des ASBL sont aussi constituées pour percevoir ces aides régionales. En pratique		
Page 23: [93] Formatted	RB	8/12/2009 2:19:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [93] Formatted	RB	8/12/2009 2:19:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [94] Deleted	RB	8/12/2009 2:08:00 PM
, il s'avère que bien souvent, toute		
Page 23: [95] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [95] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [95] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [95] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [96] Deleted	RB	8/12/2009 2:11:00 PM
la partie administrative et de gestion des partis politiques est confiée à diverses ASBL,		
Page 23: [97] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [97] Formatted	RB	8/12/2009 2:43:00 PM
German (Germany)		

Page 23: [99] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [99] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [99] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [99] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [99] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [100] Deleted RB 8/12/2009 2:43:00 PM

Surtout, les entretiens ont montré que le parti politique est parfois perçu par ses responsables comme une entité distincte de ses associations de gestion, voir comme une entité juridiquement incapable, à tel point que l'EEG s'est souvent interrogée sur les destinataires réels des obligations contenues dans la législation (et des responsabilités et éventuelles sanctions qui peuvent en découler). En particulier, alors que seule l'association de financement désignée par le parti peut recevoir le financement fédéral (ou d'autres associations similaires recevoir d'autres formes de financements publics) et est chargée de la tenue des comptes généraux du parti et de la liste des dons et des donateurs, tant le parti que ses diverses composantes sont habilités à recevoir des dons. L'EEG estime que des clarifications dans ce domaine sont indispensables

Page 23: [101] Formatted RB 8/12/2009 3:21:00 PM
German (Germany)

Page 23: [101] Formatted RB 8/12/2009 3:22:00 PM
Font: Bold

Page 23: [101] Formatted RB 8/12/2009 3:22:00 PM
Font: Bold, German (Germany)

Page 23: [102] Deleted RB 8/12/2009 3:18:00 PM
. Elle recommande donc de

Page 23: [103] Formatted RB 8/12/2009 3:22:00 PM
Font: Bold

Page 23: [103] Formatted RB 8/12/2009 3:22:00 PM
Font: Bold, German (Germany)

Page 23: [103] Formatted RB 8/12/2009 3:22:00 PM
Font: Bold

Page 23: [104] Deleted RB 8/12/2009 3:30:00 PM

mieux préciser dans la réglementation fédérale les obligations et responsabilités respectives incombant aux partis et à ses composantes, en faisant en sorte que les flux financiers passent autant que possible par l'association de financement du parti.

Page 23: [105] Formatted RB 8/12/2009 3:32:00 PM
German (Germany)

Page 23: [106] Formatted RB 8/13/2009 10:07:00 AM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 23: [107] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [107] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [107] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [107] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [108] Deleted	RB	8/12/2009 3:32:00 PM
La réglementation des dons dans la loi du 4 juillet 1989 est d'une lecture parfois difficile		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/12/2009 3:52:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/12/2009 3:54:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/12/2009 3:54:00 PM
German (Germany)		
Page 23: [109] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [110] Deleted	RB	8/12/2009 3:51:00 PM
Un certain nombre de lacunes sont probablement plus théoriques que réelles. Mais il est des domaines qui paraissent suffisamment importants pour que l'on s'y attarde.		
Page 23: [111] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [111] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [111] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [112] Deleted	RB	8/12/2009 4:03:00 PM
En premier lieu, s'il est clair que tous les dons supérieurs à 125 euros ainsi que l'identité du donateur doivent être enregistrés (pour ce qui est du financement des partis et des campagnes électorales des partis et des candidats)		
Page 23: [112] Deleted	RB	8/14/2009 5:33:00 PM
,		
Page 23: [113] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [114] Deleted	RB	8/12/2009 4:14:00 PM
il n'est pas prévu que les dons inférieurs à ce montant soient enregistrés individuellement et donnent lieu à reçu.		
Page 23: [115] Formatted	RB	8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [115] Formatted RB 8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [115] Formatted RB 8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [115] Formatted RB 8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [115] Formatted RB 8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [116] Deleted RB 8/12/2009 4:34:00 PM

Les partis ont ainsi la possibilité d'enregistrer des dons illégaux qui seraient alors enregistrés sous une autre forme (par exemple lors de manifestations payantes ou de collectes spontanées organisées lors d'événements).

Page 23: [117] Formatted RB 8/13/2009 9:52:00 AM

German (Germany)

Page 23: [117] Formatted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

German (Germany)

Page 23: [117] Formatted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

German (Germany)

Page 23: [118] Deleted RB 8/12/2009 4:47:00 PM

La loi n'exige pas non plus que les versements soient effectués systématiquement par des moyens de paiement modernes (chèque, carte, virement, mandat);

Page 23: [119] Formatted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

German (Germany)

Page 23: [119] Formatted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

German (Germany)

Page 23: [119] Formatted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

German (Germany)

Page 23: [120] Deleted RB 8/13/2009 9:55:00 AM

les dons laissent dès lors potentiellement peu de traces qui

Page 23: [121] Formatted RB 8/13/2009 10:14:00 AM

German (Germany)

Page 23: [121] Formatted RB 8/13/2009 10:14:00 AM

German (Germany)

Page 23: [121] Formatted RB 8/13/2009 10:14:00 AM

German (Germany)

Page 23: [121] Formatted RB 8/13/2009 10:14:00 AM

German (Germany)

Page 23: [121] Formatted RB 8/13/2009 10:14:00 AM

German (Germany)

Page 23: [122] Deleted RB 8/13/2009 10:06:00 AM

permettraient de faciliter la reconstitution de l'activité financière réelle en cas d'éventuels contrôles par les autorités pénales, la CCF ou ses homologues régionales.

Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted Font color: Auto	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted Font color: Auto	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/14/2009 4:35:00 PM
Page 23: [123] Formatted Font color: Red	RB	8/13/2009 10:31:00 AM
Page 23: [123] Formatted Font: Italic, Font color: Auto	RB	8/13/2009 11:22:00 AM
Page 23: [123] Formatted Font color: Auto	RB	8/13/2009 11:22:00 AM
Page 23: [123] Formatted Font color: Auto, German (Germany)	RB	8/13/2009 11:22:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:22:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:22:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:34:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:34:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:34:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:34:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:34:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:44:00 AM
Page 23: [123] Formatted German (Germany)	RB	8/13/2009 11:44:00 AM

Page 23: [123] Formatted	RB	8/13/2009 11:44:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [123] Formatted	RB	8/13/2009 11:44:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [123] Formatted	RB	8/13/2009 11:44:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [123] Formatted	RB	8/13/2009 11:44:00 AM
German (Germany)		
Page 23: [123] Formatted	RB	8/13/2009 11:57:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:03:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:29:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [124] Formatted	RB	8/13/2009 12:29:00 PM
Font: Not Bold, German (Germany)		
Page 24: [125] Formatted	RB	8/13/2009 12:29:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [126] Change	RB	7/28/2009 2:37:00 PM
Formatted Bullets and Numbering		

Page 24: [127] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [127] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [127] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [127] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [128] Formatted	RB	8/12/2009 3:30:00 PM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm		
Page 24: [129] Deleted	RB	8/13/2009 2:26:00 PM
Les candidats doivent s'inscrire à une date précise qui peut être très inférieure à la période de campagne		
Page 24: [130] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [131] Formatted	RB	8/13/2009 2:41:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [132] Deleted	RB	8/13/2009 2:47:00 PM
les autorités belges ont indiqué que cet enregistrement produit ses effets rétroactivement sur la prise en compte des recettes et dépenses avant le dépôt de candidature et que même les candidats de fait (qui décideraient finalement de ne pas s'enregistrer après avoir commencé à mener campagne) restent de toute façon assujettis à la réglementation. Cela étant dit		
Page 24: [133] Formatted	RB	8/13/2009 2:59:00 PM
German (Germany)		
Page 24: [133] Formatted	RB	8/13/2009 2:59:00 PM

German (Germany)

Page 24: [133] Formatted **RB** **8/13/2009 5:29:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [133] Formatted **RB** **8/13/2009 5:29:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [133] Formatted **RB** **8/13/2009 5:29:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [133] Formatted **RB** **8/13/2009 5:29:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [133] Formatted **RB** **8/13/2009 5:29:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [134] Deleted **RB** **8/13/2009 5:30:00 PM**

Le fait qu'elle soit par exemple de 3 mois pour les élections législatives nationales (en temps normal) conduirait au phénomène des pré-campagnes qui commencent jusqu'à 6 mois avant l'élection ;

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/13/2009 5:30:00 PM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [135] Formatted **RB** **8/14/2009 10:16:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [136] Deleted **RB** **8/13/2009 5:37:00 PM**

en principe, l'activité financière déployée pendant cette période échappe donc largement à la réglementation, comme cela a été confirmé à plusieurs reprises lors des entretiens sur place. Cette question mérite d'être examinée même si l'EEG a été avisée que l'allongement de la période de campagne risquait de s'accompagner d'une demande de hausse des montants maximums autorisés, ce qui irait finalement à l'encontre d'un des objectifs de la législation.

Page 24: [137] Formatted **RB** **8/14/2009 10:30:00 AM**

German (Germany)

Page 24: [138] Deleted **RB** **8/14/2009 10:18:00 AM**

L'EEG recommande par conséquent

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [139] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [140] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [141] Deleted RB 8/14/2009 10:30:00 AM

examiner l'opportunité d'allonger la période de prise en compte comptable et financière des campagnes électorales afin que les déclarations reflètent mieux la réalité des ressources et dépenses afférentes à ces campagnes

Page 24: [142] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [143] Deleted RB 8/14/2009 10:30:00 AM

) d'inviter le cas échéant les régions à adapter leur propre réglementation dans le sens de cette recommandation

Page 24: [144] Formatted RB 8/14/2009 10:30:00 AM
German (Germany)

Page 24: [145] Formatted RB 8/13/2009 2:48:00 PM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 24: [146] Change speckbacher 5/11/2009 7:29:00 PM
Formatted Bullets and Numbering

Page 24: [147] Formatted RB 8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)

Page 24: [147] Formatted RB 8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)

Page 24: [147] Formatted RB 8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)

Page 24: [147] Formatted RB 8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)

Page 24: [147] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [148] Deleted	RB	8/14/2009 10:47:00 AM
Les entretiens ont montré que les règles en matière de conservation des pièces et justificatifs comptables (y compris les noms des donateurs) sont une source de confusion.		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [149] Formatted	RB	8/14/2009 11:00:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [150] Deleted	RB	8/14/2009 10:49:00 AM
En vertu de la loi du 4 juillet 1989, et de la loi du 19 mai 1994 (relative aux élections des parlements régionaux) ce délai est de 2 ans mais en vertu du droit commun de la comptabilité qui peut trouver à s'appliquer aux entités des partis constitués en associations, fondations ou autres structures, il peut être plus long.		
Page 24: [151] Formatted	RB	8/14/2009 11:05:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [151] Formatted	RB	8/14/2009 11:05:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [151] Formatted	RB	8/14/2009 11:05:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [151] Formatted	RB	8/14/2009 11:05:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [151] Formatted	RB	8/14/2009 11:05:00 AM
German (Germany)		
Page 24: [152] Deleted	RB	8/14/2009 11:06:00 AM

Il semble aussi que pour les élections infrarégionales (loi du 7 juillet 1994), il n'est pas prévu d'obligation de conserver les pièces justificatives, ce qui peut contribuer à expliquer les confusions).

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

German (Germany)

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [153] Formatted RB 8/14/2009 3:37:00 PM

Font color: Auto

Page 24: [154] Deleted RB 8/14/2009 11:28:00 AM

Il est clair que le délai de deux ans est trop court, en particulier pour permettre au dispositif de contrôle des financements politiques de s'articuler de manière satisfaisante avec les mécanismes pénaux (qu'il s'agisse ou non de la lutte contre la corruption).

Page 24: [155] Formatted RB 8/14/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 24: [156] Deleted RB 8/14/2009 11:33:00 AM

En effet, les délais de prescription sont de 5 ans pour la plupart des infractions de corruption

Page 24: [157] Formatted RB 8/14/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 24: [157] Formatted RB 8/14/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 24: [157] Formatted RB 8/14/2009 11:40:00 AM

German (Germany)

Page 24: [158] Deleted RB 8/14/2009 11:33:00 AM

(qui font généralement partie de la catégorie des délits)

Page 24: [159] Formatted RB 8/14/2009 11:47:00 AM

German (Germany)

Page 24: [160] Formatted RB 8/14/2009 11:49:00 AM

German (Germany)

Page 24: [160] Formatted RB 8/14/2009 11:49:00 AM

German (Germany)

Page 24: [160] Formatted RB 8/14/2009 11:49:00 AM

German (Germany)

Page 24: [161] Deleted RB 8/14/2009 11:42:00 AM
d'allonger le délai de conservation des pièces justificatives au-delà de deux ans ;

Page 24: [162] Formatted RB 8/14/2009 11:49:00 AM
German (Germany)

Page 24: [162] Formatted RB 8/14/2009 11:49:00 AM
German (Germany)

Page 24: [163] Deleted RB 8/14/2009 11:49:00 AM
introduire une telle obligation lorsqu'elle fait défaut

Page 24: [163] Deleted RB 8/14/2009 11:49:00 AM
en particulier au niveau provincial

Page 24: [164] Formatted RB 8/14/2009 11:51:00 AM
Font: Bold

Page 24: [164] Formatted RB 8/14/2009 4:45:00 PM
Font: Bold

Page 24: [164] Formatted RB 8/14/2009 4:45:00 PM
Font: Bold

Page 24: [164] Formatted RB 8/14/2009 11:51:00 AM
German (Germany)

Page 24: [165] Deleted RB 8/14/2009 11:50:00 AM
, districale et communale, selon la loi du 7 juillet 1994)

Page 24: [165] Deleted RB 8/14/2009 11:51:00 AM
inviter les régions à adapter leur propre réglementation dans le sens de cette recommandation

Page 24: [166] Formatted RB 8/14/2009 11:51:00 AM
German (Germany)

Page 24: [167] Formatted RB 8/14/2009 11:52:00 AM
German (Germany)

Page 24: [167] Formatted RB 8/14/2009 11:57:00 AM
German (Germany)

Page 24: [167] Formatted RB 8/14/2009 11:57:00 AM
German (Germany)

Page 24: [168] Deleted RB 8/14/2009 11:52:00 AM
Pour ce qui est des élections de juin 2009, il s'agit

Page 24: [169] Formatted RB 8/14/2009 11:57:00 AM
German (Germany)

Page 24: [169] Formatted RB 8/14/2009 11:57:00 AM
German (Germany)

Page 24: [170] Deleted RB 8/14/2009 11:56:00 AM
du 57^{ème} ou 58^{ème} jour avant le scrutin dans le cadre des élections européennes, et le 28^{ème} ou 29^{ème} jour avant le jour du scrutin pour les élections aux parlements de région ou de Communauté.

Page 25: [171] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)

Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [171] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [172] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [172] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [173] Deleted	RB	8/17/2009 10:25:00 AM
Ceci dit, l'EEG estime que dans l'ensemble, ils ne sont pas assez accessibles à partir des outils de communication avec le grand public comme les sites internet parlementaires.		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [174] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [175] Deleted	RB	8/17/2009 10:44:00 AM

German (Germany)

Page 25: [178] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [178] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [178] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [178] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [178] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [179] Deleted RB 8/17/2009 11:22:00 AM

Tout en reconnaissant le besoin de protéger le droit légitime de la personne à son intégrité et au secret de son appartenance politique, l'EEG estime que ses intérêts doivent être mis en balance avec l'intérêt légitime du public, en particulier de l'électorat, de connaître les sources de l'aide financière dont bénéficie le parti ou le candidat auquel il souhaite donner sa voix. C'est à cet équilibre que tend l'article 12 de la Recommandation Rec(2003)4 qui fixe un seuil au-delà duquel le donateur devrait être identifié dans la comptabilité. L'EEG recommande

Page 25: [180] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [181] Deleted RB 8/17/2009 11:35:00 AM

d'

Page 25: [181] Deleted RB 8/17/2009 11:53:00 AM

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font: Bold, German (Germany)

Page 25: [182] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font: Bold, German (Germany)		
Page 25: [182] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font: Bold, German (Germany)		
Page 25: [183] Deleted	RB	8/17/2009 11:52:00 AM
introduire, dans le respect des principes constitutionnels, une obligation pour les partis/candidats aux élections de publier les donations individuelles dont la valeur est supérieure à un certain seuil, en même temps que l'identité du donateur		
Page 25: [184] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [185] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [186] Formatted	RB	8/17/2009 12:07:00 PM
Indent: Left: 0,63 cm		
Page 25: [187] Formatted	RB	8/17/2009 12:08:00 PM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [188] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [189] Deleted	RB	8/17/2009 11:53:00 AM
Contrôle		

La Belgique a mis en place des dispositifs de contrôle à niveaux multiples et cela a contribué

Page 25: [191] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [192] Deleted	RB	8/17/2009 12:32:00 PM
En premier lieu, on ne peut pas parler d'un système de contrôle indépendant au sens de l'article 14 des Règles annexées à la Recommandation Rec (2003)4. La composition des commissions confère un rôle prééminent / exclusif aux partis politiques et en pratique, elles feraient montre d'un manque de volonté lorsqu'il s'agit d'exercer un véritable contrôle et de prendre des décisions susceptibles de conduire à une sanction, même lorsque la Cour des Comptes décèle des possibles manquements ou émet des réserves.		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [193] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [194] Deleted	RB	8/17/2009 3:13:00 PM
Cela est renforcé par d'autres facteurs comme les alliances politiques ou dictées par l'accès au financement politique, ou encore les règles de vote à la majorité qualifiée.		
Page 25: [195] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 25: [195] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [195] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [196] Deleted RB 8/17/2009 3:16:00 PM

Au niveau fédéral, une demi-douzaine de dossiers seulement ont concerné depuis 1989 les comptes de partis politiques peu puissants ; l

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font color: Auto

Page 25: [197] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [198] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [199] Deleted RB 8/17/2009 3:46:00 PM

a moitié d'entre eux concernaient le même parti et dans certains dossiers pour lesquels la CCF a été amenée à prendre une décision, sa décision s'est parfois vue bloquée par le fait que l'un des membres avait quitté la réunion (absence de quorum), la CCF n'ayant pas reporté l'examen du point à une réunion ultérieure.

Page 26: [200] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

German (Germany)

Page 26: [200] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM

Font color: Auto

Page 26: [201] Deleted RB 8/17/2009 3:55:00 PM

Le tableau est particulièrement défavorable en ce qui concerne le contrôle des comptes de campagne des partis et candidats à l'issue des élections.

Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [202] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 26: [203] Deleted	RB	8/17/2009 4:11:00 PM
Il semble qu'aucune mesure véritable n'ait été prise même lors de manquements importants (ainsi, les non-dépôts des comptes sont restés sans suite après des courriers de rappel).		
Page 26: [204] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [204] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [204] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 26: [204] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 26: [204] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto		
Page 26: [205] Deleted	RB	8/17/2009 4:46:00 PM
La CCF semble se reposer exclusivement sur les constats effectués en amont, l'absence de plainte d'un autre candidat etc.		
Page 26: [206] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [207] Deleted	RB	8/17/2009 4:22:00 PM
L'implication de la Cour des Comptes dans le processus de contrôle n'offre pas (dans le présent contexte) toutes les garanties de compenser la politisation des commissions de contrôle		
Page 26: [208] Formatted	RB	8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [209] Deleted	RB	8/17/2009 4:26:00 PM

la Cour, même si elle est en principe indépendante, demeure un organe co-latéral du parlement fédéral et ses membres sont amovibles

Page 26: [210] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)

Page 26: [210] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)

Page 26: [210] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM
Font color: Auto

Page 26: [210] Formatted RB 8/17/2009 4:53:00 PM
German (Germany)

Page 26: [211] Deleted RB 8/17/2009 4:33:00 PM
De plus, si elle est consultée obligatoirement par la CCF et la commission flamande, ce n'est pas le cas des autres commissions régionales de contrôle.

Page 26: [212] Formatted RB 8/17/2009 4:52:00 PM
German (Germany)

Page 26: [213] Change speckbacher 5/11/2009 7:29:00 PM
Formatted Bullets and Numbering

Page 26: [214] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
Font color: Auto, German (Germany)

Page 26: [214] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [214] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [214] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [215] Deleted RB 8/18/2009 9:22:00 AM

En second lieu, l'EEG émet de forts doutes quant aux capacités du dispositif à exercer un contrôle autrement que formel des comptes des partis et des campagnes électorales

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM
German (Germany)

Page 26: [216] Formatted RB 8/18/2009 10:13:00 AM

German (Germany)

Page 26: [216] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [216] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [217] Deleted **RB** **8/18/2009 9:47:00 AM**

La CCF et les commissions régionales ont peu de moyens humains et en expertise (celle-ci repose largement sur le secrétariat puisque les membres changent) et que ce soit pour cette raison ou par souci d'externaliser la responsabilité politique de son travail, la CCF s'appuie quasi exclusivement sur les avis de la Cour des comptes.

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [218] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [219] Deleted **RB** **8/18/2009 9:59:00 AM**

Toutefois, cette dernière considère que son propre travail est lui aussi essentiellement formel et ne permet de détecter que des manquements assez flagrants ou certaines anomalies lors de la comparaison des données

Page 26: [220] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [220] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [220] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [220] Formatted **RB** **8/18/2009 10:13:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [221] Deleted **RB** **8/18/2009 10:12:00 AM**

Surtout, la Cour des comptes n'a pas accès aux pièces et justificatifs comptables ce qui rend l'exercice d'un contrôle substantiel presque impossible, alors que la CCF en a la possibilité, mais n'en a fait usage qu'en cas de réclamations.

Page 26: [222] Formatted **RB** **8/18/2009 10:28:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [223] Formatted **RB** **8/17/2009 4:54:00 PM**

Indent: Left: -1,01 cm

Page 26: [224] Formatted	RB	8/17/2009 4:54:00 PM
---------------------------------	-----------	-----------------------------

Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 26: [225] Change	speckbacher	5/11/2009 7:29:00 PM
------------------------------	--------------------	-----------------------------

Formatted Bullets and Numbering

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 10:50:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted	RB	8/18/2009 11:05:00 AM
---------------------------------	-----------	------------------------------

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted **RB** **8/18/2009 11:05:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [226] Formatted **RB** **8/18/2009 11:05:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [227] Deleted **RB** **8/18/2009 10:19:00 AM**

L'EEG est bien consciente de la fragilité de l'équilibre constitutionnel actuel de la Belgique. Mais elle s'est intéressée à diverses reprises, lors des entretiens, à la faisabilité et à l'opportunité dans le contexte de la Belgique de placer l'ensemble du dispositif sous la responsabilité d'une commission de contrôle unique (pourvue éventuellement de sections régionales). Cela présenterait plusieurs avantages par rapport à la situation actuelle caractérisée par le fait que la commission fédérale et les commissions régionales n'ont pas une coopération approfondie, par exemple en matière d'échange d'informations (au delà de l'échange de bonnes pratiques et des accords sur l'interprétation des textes)

Page 26: [228] Formatted **RB** **8/18/2009 11:05:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [228] Formatted **RB** **8/18/2009 11:15:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [228] Formatted **RB** **8/18/2009 11:15:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [228] Formatted **RB** **8/18/2009 11:15:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [228] Formatted **RB** **8/18/2009 11:25:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [229] Deleted **RB** **8/18/2009 11:15:00 AM**

Enfin, cela permettrait de mieux appréhender la complexité des structures et des flux financiers au sein des partis et entre ceux-ci et les candidats.

Page 26: [229] Deleted **RB** **8/18/2009 11:21:00 AM**

||

Page 26: [230] Formatted **RB** **8/18/2009 11:25:00 AM**

German (Germany)

Page 26: [230] Formatted **RB** **8/18/2009 12:01:00 PM**

German (Germany)

Page 26: [230] Formatted **RB** **8/18/2009 12:01:00 PM**

German (Germany)

Page 26: [230] Formatted **RB** **8/18/2009 12:01:00 PM**

German (Germany)

Page 26: [230] Formatted **RB** **8/18/2009 12:01:00 PM**

German (Germany)

Page 26: [231] Deleted **RB** **8/18/2009 11:25:00 AM**

a parfois été indiqué à l'EEG que la mise en place d'une commission de contrôle unique était probablement plus une question de volonté politique qu'une véritable contrainte du fédéralisme.

Page 26: [232] Formatted	RB	8/17/2009 4:54:00 PM
Indent: Left: -1,01 cm		
Page 26: [233] Formatted	RB	8/17/2009 4:55:00 PM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm		
Page 26: [234] Change	RB	7/28/2009 2:37:00 PM
Formatted Bullets and Numbering		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 12:01:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 12:01:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 12:01:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 12:01:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 12:01:00 PM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 26: [235] Formatted	RB	8/18/2009 11:56:00 AM
German (Germany)		
Page 27: [236] Deleted	RB	8/18/2009 11:30:00 AM

Pour conclure, l'EEG estime que le système en place est affecté de diverses insuffisances ; au-delà du manque de moyens des commissions de contrôle, il ne ménage pas, par essence, de garde-fous suffisants pour garantir dans la mesure du possible l'indépendance et la réputation d'indépendance du dispositif de contrôle à l'égard de toute influence extérieure induite qui peut, à terme, affecter la confiance du public dans le système de financement politique.

German (Germany)

Page 27: [239] Formatted RB 8/18/2009 12:23:00 PM

German (Germany)

Page 27: [240] Deleted RB 8/18/2009 12:26:00 PM

de mettre en place un système – éventuellement unifié – de contrôle du financement des partis et campagnes électorales qui soit le plus indépendant possible des partis politiques et doté des moyens nécessaires à l'exercice d'un contrôle substantiel et adéquat

Page 27: [241] Formatted RB 8/18/2009 12:23:00 PM

German (Germany)

Page 27: [242] Deleted RB 8/18/2009 12:26:00 PM

inviter les régions à prendre en compte cette recommandation dans le cas où la création d'un système unifié s'avèrerait trop difficile dans le contexte institutionnel du pays.

Page 27: [243] Formatted RB 8/18/2009 2:06:00 PM

German (Germany)

Page 27: [244] Formatted RB 8/17/2009 4:55:00 PM

Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm

Page 27: [245] Formatted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

Font color: Auto, German (Germany)

Page 27: [245] Formatted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

Font color: Auto, German (Germany)

Page 27: [245] Formatted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [245] Formatted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [245] Formatted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [246] Deleted RB 8/18/2009 2:15:00 PM

Seuls les comptes des partis politiques dans le cadre des rapports présentés annuellement doivent être vérifiés par un réviseur d'entreprises.

Page 27: [247] Formatted RB 8/18/2009 2:17:00 PM

German (Germany)

Page 27: [247] Formatted RB 8/18/2009 2:17:00 PM

German (Germany)

Page 27: [247] Formatted RB 8/18/2009 2:17:00 PM

German (Germany)

Page 27: [248] Deleted RB 8/18/2009 2:17:00 PM

Leurs rapports sur les dépenses électorales ne sont pas sujets à un audit. Il en va de même des rapports des candidats individuels

Page 27: [249] Formatted RB 8/18/2009 2:19:00 PM

German (Germany)

Page 27: [250] Formatted RB 8/18/2009 2:19:00 PM

German (Germany)

German (Germany)

Page 27: [252] Formatted RB 8/18/2009 3:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [252] Formatted RB 8/18/2009 3:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [252] Formatted RB 8/18/2009 3:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [252] Formatted RB 8/18/2009 3:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [252] Formatted RB 8/18/2009 3:15:00 PM

German (Germany)

Page 27: [253] Deleted RB 8/18/2009 2:57:00 PM

, les représentants de la profession de réviseur n'ont pas été en mesure de fournir des informations sur les insuffisances ou problèmes typiques qu'ils rencontrent dans les comptes des partis et de leurs composantes, et donc sur l'étendue et la profondeur de leur audit en pratique. Par ailleurs, même si des normes spécifiques ont été adoptées par l'institut des Réviseurs d'Entreprises, celles-ci prévoient que la « révision soit organisée et exécutée de manière à obtenir une assurance raisonnable que les comptes consolidés ne comportent pas d'inexactitudes significatives compte tenu des dispositions légales et réglementaires applicables aux comptes annuels en Belgique »

Page 27: [254] Formatted RB 8/18/2009 3:34:00 PM

German (Germany)

Page 27: [254] Formatted RB 8/18/2009 3:34:00 PM

German (Germany)

Page 27: [255] Deleted RB 8/18/2009 3:34:00 PM

La portée de la révision reste donc assez modeste malgré la relative complexité des partis belges, caractérisée par une multitude de structures.

Page 27: [255] Deleted RB 8/18/2009 3:35:00 PM

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [256] Formatted RB 8/18/2009 3:42:00 PM

German (Germany)

Page 27: [257] Deleted RB 8/18/2009 3:46:00 PM

Les entretiens sur place indiquent de façon assez claire que l'auditeur est avant tout un contrôleur de la bonne mise en forme qui veillera à ce que les sommes figurent dans la bonne colonne et avec des montants crédibles.

Page 27: [258] Formatted **RB** **8/18/2009 3:49:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [258] Formatted **RB** **8/18/2009 3:49:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [259] Deleted **RB** **8/18/2009 3:50:00 PM**

Les rapports d'audit, qui apparaissent en annexe des comptes des partis politiques sont rédigés en des termes très généraux.

Page 27: [260] Formatted **RB** **8/18/2009 3:51:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [260] Formatted **RB** **8/18/2009 3:51:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [260] Formatted **RB** **8/18/2009 3:51:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [261] Deleted **RB** **8/18/2009 3:51:00 PM**

L'EEG considère que les réviseurs d'entreprises pourraient, et devraient, jouer un plus grand rôle dans le contrôle des comptes politiques.

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 3:51:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 3:58:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 3:58:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 3:58:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 4:48:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 4:48:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [262] Formatted **RB** **8/18/2009 4:48:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [263] Deleted **RB** **8/18/2009 3:56:00 PM**

Pour cela, il conviendrait de prévoir des mesures destinées à assurer davantage de « distance » des réviseurs vis-à-vis des partis; pour l'heure, il ne semble pas prévu de règles spécifiques visant à assurer une certaine indépendance à l'égard du parti politique

Page 27: [263] Deleted **RB** **8/18/2009 4:03:00 PM**

rotation raisonnable, non participation aux activités du parti

Page 27: [264] Formatted **RB** **8/18/2009 4:48:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [265] Formatted **RB** **8/18/2009 4:48:00 PM**

German (Germany)

Page 27: [273] Deleted	RB	8/18/2009 4:48:00 PM
examiner l'opportunité d'étendre les obligations d'audit au delà des comptes annuels des partis pour couvrir notamment leurs rapports sur les dépenses électorales.		
Page 27: [274] Change	RB	7/28/2009 2:37:00 PM
Formatted Bullets and Numbering		
Page 27: [275] Formatted	RB	8/18/2009 3:43:00 PM
German (Germany)		
Page 27: [275] Formatted	RB	8/18/2009 3:43:00 PM
German (Germany)		
Page 27: [276] Formatted	RB	8/17/2009 4:56:00 PM
Indent: Left: 0 cm, Hanging: 1 cm		
Page 27: [277] Change	speckbacher	5/11/2009 7:29:00 PM
Formatted Bullets and Numbering		